Aufnahme und Einwirkung der Februar-Revolution vom Jahre 1848 im Elsaß.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der philosophischen Fakultät
der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Eduard Stadtler

aus Hagenau i. E.

Straßburg i. E.
Herdersche Buchhandlung.
1913.

Genehmigt von der Fakultät am 29. Juli 1911.

Mit Erlaubnis der Fakultät gelangt hier nur ein Teil der Arbeit zum Abdruck. Die ganze Arbeit erscheint als Band IX der Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, herausgegeben von Professor Dr. Martin Spahn in Straßburg.

Bethsaida-Druckerei, Carspach [Ober-Elsaß]

Meiner lieben Braut
in herzlicher Zuneigung gewidmet.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548002_0099

I. Teil.

Politische und wirtschaftliche Verhältnisse im Elsaß beim Ausbruch der Februar-Revolution 1848.

Erster Abschnitt.

Die wirtschaftliche Not des niederen Volkes („le bas peuple").

Zeiten ruhiger Entwickelung und materieller Sättigung sind nicht dazu angetan, politische Bewegungen zu fördern, parteibildend zu wirken. Sie werden um so stiller verlaufen, je mehr es ihnen an unentbehrlichen Voraussetzungen politischen Lebens fehlt, zumal an einem ausgedehnten Wahlrecht und einer freien, vielgelesenen Presse. Diese Tatsache hat zu allen Zeiten und allerorts Geltung. Im Elsaß trug die geringe Erregbarkeit des Volkscharakters, das mannigfach bedingte langsame Eindringen neuer Gedanken in der Zeit, der die folgende Untersuchung gelten soll, noch besonders dazu bei, daß die allgemeine Erfahrung auch in diesem Falle bestätigt wurde.

Im Bauern- und Arbeiterstand herrschte vollkommene politische Unmündigkeit. Die Bildung dieser Kreise war im Elsaß sehr gering, wenn auch im Vergleich zu den sonstigen Bildungsverhältnissen im französischen Volk durchaus nicht unbedeutend [1]; sie reichte jedenfalls nicht hin, um politische Aufklärung, politische oder staatsbürgerliche Kenntnisse zu vermitteln. Die Religion war meist der einzige höhere Geistesfaktor; das Gebetbuch meist das einzige Bildungselement, wenn man nicht auch noch den Kalender [2], der als „Hinkender Bote" den Weg ins Volk fand, dazu rechnen wollte. Zeitungen kamen hingegen weder ins Bauernhaus noch in die Arbeiterwohnung [3].

Das niedere Volk empfand den Nachteil dieser politischen Unmündigkeit keineswegs. Viel drückender und unerträglicher war ihm die Last

[1] Das Elsaß marschierte in der Statistik der Primärschulen in Bezug auf Qualität und Quantität an der Spitze der französischen Départements.

[2] Die Auflagen der Kalender (der Heitz'sche „Messager boiteux" wurde in 20000 Exemplaren verbreitet) standen in gar keinem Verhältnis zu den damaligen Auflagen der Zeitungen.

[3] In den Präfekturberichten wird stets erwähnt, daß die Bourgeoisie und der Klerus allein auf Zeitungen abonniert sind. vgl. B. A. Straßburg, M. Police politique, Rapports du préfet, 1841—1848.

der materiellen Not. Die Landwirtschaft[1] in Frankreich vermochte damals weder Schritt zu halten mit dem allgemeinen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, da dieser kapitalistische Voraussetzungen hatte, noch das Interesse und die Initiative der wirtschaftlich stärkeren Elemente des Volkstums anzuziehen. Die Rückständigkeit zeigte sich vor allem darin, daß kaum die begabtesten und rührigsten Bauern der Schwierigkeiten Herr wurden, die sich der Gewährung von Kredit unter erträglichen Bedingungen entgegenstellten. Und so war denn wieder, wie vor Napoleons Zeiten, die größte Plage der elsässischen Bauern der Wucher[2] geworden. Napoleon hatte 1807 die verschuldeten und mit Hypotheken belasteten Güter der elsässischen Bauern zum großen Teil wieder zu freiem Besitz zurückgegeben. Aber die rechtlichen Bestimmungen, die von demselben Jahre datierten, waren nicht ohne Rücksicht auf die „revolutionären" Prinzipien der Arbeits-, Handels- und Gewerbefreiheit getroffen worden, und sie hatten selbstverständlich unter der Regierung Ludwig-Philipps, dem „règne des agioteurs", von ihrer natürlichen Dehnbarkeit nichts eingebüßt. Die Schlauheit der Wucherer, die wirtschaftliche Rückständigkeit und oft die geistige Hilflosigkeit der Bauern, sowie andere Momente hatten bewirkt, daß Ende der 40er Jahre das Elsaß wieder gerade so verschuldet und „verwuchert" war, wie am Anfang des Jahrhunderts[3]. Ganze Gegenden waren allmählich in den

---

[1] Vgl. hierzu den 2. Teil von Georges Renard's Werk: La République de 1848 (Histoire économique et sociale). Vgl. auch z. B. Luroth (Enquête industrielle et agricole, rapport de Bischwiller): „L'agriculture en France se trouve dans un état d'infériorité vis-à-vis de ses rivales du dehors d'un côté par suite de la multiplicité des charges fiscales qu'elle supporte, et de l'autre par l'effet du ruineux système de protection dont elle est gratifiée par nos lois civiles.

Cette condition d'infériorité est devenue la cause de l'éloignement des capitaux et du crédit aussi bien que des hommes capables et instruits. Ceux-ci se jettent dans les carrières industrielles et commerciales ou dans les administrations publiques. Ceux-là vont se livrer aux spéculations de l'agiotage ou s'ils se donnent à l'agriculture c'est à des conditions ruineuses pour l'emprunteur." B. A. Str. Enquête ind. et agricole, 1848, Rapports des sous-préfets.

[2] Über den Wucher im Elsaß vgl.: Cassal, Der Wucher im Elsaß, 1850; — J. Guerber, Hilfsbüchlein gegen den Wucher, 1849. 2. Auflage. — Heilmann, Les paysans d'Alsace, l'impôt et l'usure, 1853; — N. K., 5. Juni 1850 (Nr. 161): Rede Cassal's in der gesetzgebenden Versammlung über die Wucherverhältnisse im Elsaß; auch Commissaire, Mémoires et Souvenirs, S. 169 f., sowie B. A. Str. Präfekturberichte M, Police politique; Spezialbericht vom 1. Juli 1847; endlich noch B. A. Colm. M 42[1], Generalbericht vom 7. Juni 1848.

[3] So heißt es in der eben erwähnten Rede des Abg. Cassal: „Messieurs, j'ai été à même d'étudier l'usure dans l'arrondissement de France où elle

mittelbaren Besitz der Wucherer gekommen. In der Vorstellungswelt des elsässischen Volkes deckten sich die Begriffe Juden und Wucherer, obwohl sich einerseits viele Juden an diesem Treiben nicht beteiligten, andererseits auch Christen ebenso rücksichtslos die „Bauerndummheit" ausbeuteten.

Der Bauer hatte schon alle Mühe, sich flüssiges Geld zu verschaffen; da war es ihm ein Greuel, von dem wenigen, das er besaß, noch dem Staat abgeben zu müssen. Die Last der Steuern drückte ihn sehr. Die hohen indirekten Lebensmittelsteuern, besonders die Abgaben auf Salz und Getränke, bildeten einen ewigen Grund zur Klage. Dabei sahen die meisten Bauern nicht, daß die Steuerfreiheit des Kapitals und der Renten gegenüber der starken Belastung des Grundbesitzes einer Ungerechtigkeit gegenüber dem Bauernstande gleichkam. Ihre auf das Konkrete gerichtete Betrachtungsweise hinderte sie an der Erkenntnis der vielfachen Umstände, welche ihre Notlage verschuldeten. Da entluden sie gern auf die Juden den Ingrimm, den sie über ihre Verschuldungen empfanden, und entgalten auch nur zu leicht den Ärger über den Steuerdruck an unschuldigen Beamten der Steuerverwaltung.

In den waldreichen Gegenden machte sich der Fiskus noch auf andere Art dem Bauernstande recht fühlbar. Die Nutzung des Waldes war in die Hände des Staates, der Gemeinden oder auch reicher Privatleute übergegangen; dabei wurde vielfach, besonders in Staats- und Gemeindewaldungen, den „alten Rechten" der Bauern in schroffster Weise entgegengetreten. Forstrechte der Bauern gab es nicht mehr, Frondienste aber und Steuerpflichten vermehrten sich. So fiel auch auf die Beamten der Forstverwaltung in Waldgegenden der stille Haß der Bauern.

Diese Klassifizierung der wirtschaftlichen Nöte des Bauernstandes kehrt in wechselnden Formen überall wieder. In der großen „Enquête industrielle et agricole" des Jahres 1848 kam die Verwaltung des Unter-Elsasses in Berücksichtigung der sämtlichen Bedingungen der bäuerlichen Notlage zu folgenden vier praktischen Forderungen: „1. création d'institutions de crédit, 2. concession de jouissances forestières, 3. abolition ou réduction immédiate de l'impôt sur le sel, 4. application des irrigations[1]".

---

se pratique sur l'échelle la plus variée et la plus étendue. J'ai vu des fortunes scandaleuses s'élever en peu d'années sur les ruines de centaines de familles; j'ai vu ce pays où la propriété rurale est grevée de $^2/_3$ de passif, en majorité dû à l'usure; j'ai vu ce pays indigné finir par s'égarer et se soulever en une formidable insurrection pour se faire justice à lui-même." N. K. 5. Juni 1850, Nr. 161.

[1] Vgl. die Forderungen der Radikal-Sozialisten Ende 1848: (s. Démocrate du Rhin, 31. déc. 1848) „Arracher le cultivateur des griffes de l'usure en fondant le crédit agricole, soulager le petit propriétaire par l'impôt

Die Nöten und der Ärger förderten im elsässischen Bauernvolk eine eigentümliche Stimmung, die ihrer politischen Konsequenzen wegen beachtet zu werden verdient. In Frankreich war das auf jahrhundertelanger Tradition fußende Gefühl dynastischer Anhänglichkeit in der Auflösung begriffen. Im Elsaß ging diese Entwicklung zweifellos natürlicher und schmerzloser vor sich als im übrigen Frankreich, weil zwischen der französischen Annexion von 1648—1687 und der großen Revolution das dynastische Gefühl kaum tiefe Wurzeln gefaßt hatte. Tiefer mochte der napoleonische Imperialismus ins elsässische Volksempfinden eingedrungen sein. Auch er konnte den Sturzwellen verfassungspolitischer Veränderungen nicht standhalten. So wuchs eine Stimmung staatspolitischer Indifferenz empor, die besonders dem Bauernvolk den Übergang zu neuen staatsrechtlichen Verhältnissen erleichterte. Die Bauern wandten die ganze Wucht ihrer primitiven politischen Stimmungen den wirtschaftlichen Interessen zu; gaben diese ihnen Anlaß zur Unzufriedenheit, so konnten sie sich gegebenenfalls zu einer radikal-oppositionellen Partei schlagen, der sie in anderen Fragen nicht nahestanden. Konservativ blieb der elsässische Bauer eigentlich nur in Bezug auf seine religiöse Tradition und sein starkes Heimatgefühl.

Der ländliche Großgrundbesitz hatte im Elsaß seine ausschlaggebende wirtschaftliche Machtstellung damals schon eingebüßt. Gleichberechtigt, bald übermächtig drang das neue wirtschaftliche Königtum, das „Kapital", vor. In den elsässischen Industriezentren Mülhausen, Thann, Markirch, Münster, Gebweiler, Bischweiler usw. wuchs es groß. Schon machten sich die Verschiebungen bemerkbar, welche diese moderne industrielle Entwicklung allüberall in der Welt verursachte, nicht zuletzt das Entstehen des Proletariats aus der Mindereinschätzung der persönlichen Arbeitsleistung und aus der Vorherrschaft sowohl des gehäuften Geldes wie der leistungsfähigen Maschine. Diese Verschiebungen brachten wohl einen wunderbaren Aufschwung der elsässischen Industrie mit sich, aber die 60 000 Arbeiter, welche zu diesem Zweck in ein Lohnverhältnis zu den Industriellen getreten waren, hatten keinen Anteil daran.

Das Los der elsässischen Fabrikarbeiter war nicht beneidenswert. Bittere Klagen wurden darüber laut. „Die Arbeiter des Elsasses," klagte eine Flugschrift vom April 1848 aus Mülhausen[1], „sind von

progressif, — abolir complètement l'impôt sur le sel, — favoriser la vigne par l'abolition de toutes les entraves fiscales qui pèsent sur les liquides spiritueux, — établir un système d'assurance générale ou du moins une assurance contre la mortalité du bétail et les dégâts de la grêle, — encourager l'agriculture par des primes."

[1] „Die Arbeiter der Zeugdruckereien und Spinnereien des Ober-Elsasses an die Provisorische Regierung der Französischen Republik". Rißler, Mülhausen, April 1848.

allen Arbeitern Frankreichs die unglücklichsten; alles hat mit dazu beigetragen, uns zu wahren Lasttieren, zu wahren Ausbeutungsmaschinen zu stempeln". Wenn diese Behauptung auch auf wahlagitatorische Zwecke zugeschnitten war, so läßt sie doch erkennen, daß die Lage sehr reformbedürftig war [1].

Der Hinweis auf die philanthropische humanitäre Gesinnung der Bourgeoisie und die bahnbrechende soziale Tätigkeit einzelner Mülhauser Fabrikbesitzer vermag die Tatsache nicht abzuschwächen, daß unter der Juli-Regierung die Lage der Arbeiter in keinem gerechten Verhältnis stand zum sprunghaften Emporblühen der Industrie [2]. Im Gegenteil erscheint es als der beste Beweis für die Not der Arbeiter, daß die Fabrikherren endlich selbst danach strebten, die schreiendsten Mißbräuche zu beseitigen. Auch die Ausdehnung, welche der wissenschaftliche Sozialismus im Elsaß fand, wird zu der auffallenden Not der Fabrikarbeiter direkt in Beziehung zu setzen sein [3].

Trotz der Misere war die Arbeiterbevölkerung sehr ruhig. In zeitgenössischen Berichten kehrt das Lob über die ergebene Haltung der elsässischen Arbeiterbevölkerung oft wieder. Man findet es auch in den amtlichen Präfekturberichten bestätigt. So berichtete Anton Struch als provisorischer Präfekt noch in der sozialistischen Revolutionsperiode (Juni 1848) [4]: „Le cœur se serre au souvenir de cette population si courageuse contre la misère, si résignée dans sa détresse et sur les privations de laquelle j'ai en vain jusqu'à ce jour appellé la sollicitude du gouvernement." Der Bericht hebt ausdrücklich die Geduld, die Ruhe der arbeitenden Bevölkerung im Elsaß hervor. Allerdings war diese Ruhe, welche übrigens von dem Präfekten aus

[1] In der badischen Ersten Kammer fand 1835 bereits ein interessanter Meinungsaustausch statt über die Lage der elsässischen Arbeiter, der ähnliche Auffassungen zu Tage förderte.

[2] Vgl. hierüber ausführlich: Herkner, Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter. Der Verfasser zog sich wegen seiner arbeiterfreundlichen Stellungnahme von E. Meininger-Mülhausen eine Replik zu.

[3] Vgl. folgende Notiz des Glaneur du Haut-Rhin, eines Organs des wissenschaftlichen Sozialismus (Richtung Fourier) vom 4. April 1847, Nr. 81: „A Mulhouse notre ami V. Hennequin a fait quatre leçons dans la salle de la Bourse . . . A Mulhouse il est impossible de se faire illusion sur les vices de la société actuelle; dans ce grand centre industriel la misère frappe tous les yeux . . ."

[4] Vgl. B. A. Colm., M 42 [1], Rapports généraux politiques 1800—1858, — ebenda M [1], Personnel. Administration supérieure. Nominations. Délégations. Congés. 1846—1858. Abschied Struchs an die Ober-Elsässer vom Mai 1848. — vgl. Industriel alsacien vom 4. Juni, Nr. 23.

verwaltungsegoistischen Gesichtspunkten stark betont werden mochte, durchaus verträglich mit einer gewissen Mißstimmung der Arbeiter. Unzufrieden waren die Arbeiter, wenn sie auch so wenig wie das Landvolk revolutionäre Neigungen hatten. Der elsässische Volkscharakter ist an und für sich wenig impulsiv, und zudem bildeten die patriarchalischen Zustände, welche auf dem Land wie in den Fabrikbetrieben herrschten, eine gute Gewähr dafür, daß revolutionäre Wellen nicht vom Elsaß ausgehen würden.

Im Unter-Elsaß lagen die Verhältnisse ähnlich. In Straßburg machten sich allerdings die Wirkungen der modernen Industrieentwicklung nicht in gleicher Weise bemerkbar, wie etwa in Mülhausen. Und doch gab es auch in Straßburg mißliche Arbeitszustände. Ein aus Lyon Zugewanderter fand, das Elend sei in der Arbeiterbevölkerung Straßburgs viel größer als in seiner Heimatstadt. Allerdings meinte auch er, das Volk sei geduldiger und deswegen werde wohl weniger für es getan [1].

An eine parteipolitische Ausbeutung der Mißstände im Volke oder der latenten Mißstimmung war vorerst nicht zu denken. Einerseits trug der Sozialismus im Elsaß wie anderwärts, Paris vielleicht ausgenommen, noch nicht den Charakter einer volkstümlichen Demagogie. Im Elsaß zumal ignorierte der „theoretische Fourierismus" die Arbeiterschaft; diese war ihm wohl Objekt wissenschaftlicher, kaum aber praktischer Experimente. Und auch die im Elsaß schon bestehenden politischen Parteigruppen der Bourgeoisie verschmähten die politische Berührung mit dem Volke. Entweder hielt man das Volk nicht für bildungsfähig im politischen Sinne, oder man schloß von seiner politischen Bedürfnislosigkeit auf mangelndes Interesse. Erstere Auffassung war eher „konservativ", letztere eher „liberal".

---

[1] Vgl. Commissaire, Mémoires et Souveniers, s. 178 ff.: „Vous me dites que la misère est grande à Lyon; je crois qu'elle est plus affreuse à Strasbourg . . . mais ici où le peuple est patient on ne fait presque rien pour lui . . . vous voyez que les ouvriers strasbourgeois sont encore plus malheureux que ceux du département du Rhône . . . il y a longtemps que le peuple souffre patiemment".

Zweiter Abschnitt.

Die politischen Strömungen in der Bourgeoisie.

Das Bürgertum war damals ein einheitlicheres Gebilde im Volkstum als heute. Dennoch wies es verschiedene Schichtungen auf, teils Ablagerungen vorhergegangener Epochen, teils im Entstehen begriffene Formen kommender Zeiten; dazwischen die Schicht der sogenannten Kulturträger. In der Kleinstadt zunächst der halb bäuerliche Mittelstand, nicht ohne Ansehen, nicht ohne wirtschaftliche Kraft; aber diese Kraft beruhte auf den Nachwirkungen einer überlebten Agrarverfassung und schwand langsam mit ihr. Daneben der Handwerkerstand, dessen Auflösung in „proletarische" und in „kapitalistische" Elemente damals zu wirken begann. Lebendige Mächte der Vergangenheit. Zu ihnen gehörte auch der Großgrundbesitz, dessen Machtstellung im Elsaß schon seit der großen Revolution gebrochen war. Als Träger der Zukunft in der Bourgeoisie konnte die Gelehrtenschicht gelten, die „lettrés", deren kulturelles Gewicht in Frankreich stets groß war, besonders aber die kapitalkräftige Kaufmanns- und Handwerkerschicht, der die moderne Industriemacht entsprang.

Politisch ging ein großer Riß durch die Bourgeoisie, der letzten Endes in der konfessionellen Trennung seine Erklärung findet. Dabei wog in kulturell-politischer Beziehung der quantitativ zurückstehende protestantische Teil ungemein schwerer als der katholische. Damit hing aufs engste die Eroberungskraft des politischen Liberalismus zusammen, so zwar, daß der Schnitt, den der Gegensatz zwischen liberaler und konservativer Weltanschauung im Bürgertum schuf, die Herrschaft der liberalen Ideen klar erkennen ließ.

Allerdings kam dieses Übergewicht des Liberalismus in der realen Politik nicht zur Geltung, weil das Wahlrecht die Aufteilung der Bourgeoisie in konservative und liberale Kreise sehr zu Gunsten der Konservativen verschob. Zum pays légal der Wähler gehörte nämlich nicht nur nicht das „Volk", sondern auch nicht einmal das Bürgertum; nur der enge Kreis jener Glücklicheren, die jährlich 200 Fr. Steuern entrichteten, war wahlberechtigt. Nicht einmal der größte Teil der „lettrés", der Gebildeten,

war im Sinne des Gesetzes politisch reif und politisch berechtigt. Auf einem entsprechend tiefen Niveau stand die politische Bildung.

Die Presse als Gradmesser der öffentlichen Meinung spiegelte den Tiefstand des politischen Lebens wieder. In jedem der beiden Departements gab es kaum mehr als ein wichtiges Organ, die meisten anderen Zeitungen waren unbedeutende Lokalblätter, alle wenig verbreitet und wenig gelesen. Die hohen Kautionssummen und Stempelgebühren gestatteten es nicht, die Blätter zu einem billigen, auch der kleineren Bourgeoisie oder gar der großen Masse zugänglichen Abonnementspreis[1] oder in ausreichendem Umfange erscheinen zu lassen. Es läßt sich nicht genau feststellen, in wieviel Exemplaren die politische Presse damals ausgegeben wurde; aber man trifft wohl das richtige, wenn man annimmt, daß 1846 -1848 keine Zeitung des Landes eine Auflage von 1000 Exemplaren hatte[2]. Die kleineren Blätter wie L'Industriel Alsacien, La Feuille de Thann, Le Journal hebdomadaire de Belfort, le Glaneur, druckten kaum in 500 Exemplaren. Die Hälfte dieser Zahl war das Maximum für die unpolitischen Annoncenblätter.

Kurz, die geringe Verbreitung der einheimischen Presse beweist, daß die politische Interessierung der Bourgeoisie noch nicht sehr weit vorgeschritten war. Die bevorzugten Blätter schrieben größten Teils die ihnen gesinnungsverwandten Pariser Zeitungen aus, so der Niederrheinische Kurier (Courrier du Bas-Rhin) den National, und der Elsässer Kurier (Courrier d'Alsace) die Réforme. Sie erfüllten damit offenbar ein großes Bedürfnis, denn auch die großen Pariser Blätter waren wenig verbreitet. Letztere dürften nur vereinzelt in das Land, manche von ihnen gar nur in die Redaktionen der elsässischen Zeitungen gekommen sein. Für den Univers läßt sich allerdings aus den Sammellisten zu Gunsten des Sonderbundes nachweisen, daß er unter den Mitgliedern der katholischen Geistlichkeit zahlreiche Abonnenten hatte. Die Démocratie pacifique, das

[1] Der Einzelverkauf war noch nicht im Gebrauch. Vgl. Bardy, Miscellannées XIV, S. 4 f. — In Nr. 74 vom März 1848 läßt sich aus der Angabe des Einzelnummerpreises (15 centimes) für den Niederrhein. Kurier zum ersten Mal ein Verkauf außer Abonnement feststellen.

[2] Wenn es z. B. im Jahre 1849 in einer Sitzung des Generalrates (s. Generalratsakten Jahrg. 1849) anläßlich eines Antrages auf Publizität der Generalratsverhandlungen hieß, die drei Zeitungen, Le Courrier du Bas-Rhin, Le Démocrate du Rhin und l'Alsacien hätten zusammen etwa 3000 Abonnenten, so läßt sich für die politisch „tote" Periode von 1846—47 die angegebene Abschätzung ohne weiteres rechtfertigen. Auch nach einer von mir im Pariser Nationalarchiv gemachten Notiz (aus dem Jahr 1865) hatte der Courrier du Bas-Rhin vor 1848 keine 1000 Abonnenten.

Organ des wissenschaftlichen Sozialismus, kam auch in stattlicher Anzahl ins Land, wie aus den Briefkastennotizen der Jahrgänge 1846/47 leicht festgestellt werden kann.

Parteien im heutigen Sinne als Organisationen mit festem Programm, zuverlässigen Wählern und Unterabteilungen in Bezirke gab es nicht. Nur lose Gruppierungen fanden sich zusammen, sehr oft bloß persönliche Gefolgschaften. Sie bildeten sich um die großen, generellen Ideen der Revolution und Gegenrevolution, um die Verfassungsprinzipien der verschiedenen aufeinandergefolgten Regierungen oder auch um berühmte Parlamentarier und lokale Führer. Jedoch war für sie das Wort Partei schon im Gebrauch.

I. Die liberal-radikale Oppositions-Partei.

Die politisch regsamste, nach außen hin rührigste Gruppe im elsässischen Bürgertum war die liberal-radikale Oppositionspartei. Auch sie erscheint, gemessen an heutigen Parteibegriffen als eine nur lose Vereinigung. Im Vergleich aber zu den übrigen politischen Gruppen jener Zeit verdiente sie allein einigermaßen den Namen einer politischen Partei.

Das Programm war sehr unbestimmt. Nur einige Grundtendenzen lassen sich herausarbeiten. Der elsässische Liberalismus ging damals restlos im alten französischen Liberalismus auf und hatte auch jene philosophischen Anschauungen zur Grundlage, welche in den Freiheits- und Aufklärungsformeln des ausgehenden 18. Jahrhunderts ihren prägnanten Ausdruck gefunden hatten. Da die vorangehende Zeit in der Autorität der absoluten Monarchie, der Kirchengemeinschaft und der zünftigen Wirtschaftsordnung ihre Wurzeln hatte, schlug das Freiheitsprinzip die kommende Generation nur zu leicht in die Fesseln der Autoritätsverneinung. Der Liberalismus machte nicht nur in Opposition, er war Opposition. Für die prinzipielle, doktrinäre Oppositionsstellung ist wohl bezeichnend, daß die liberalen Blätter auch im Elsaß die eigene Partei „l'Opposition" nannten. Daher die Verehrung, welche man der großen Revolution als Faktum, in konsequenter Weise auch der ihr zu Grunde liegenden radikalen Idee zollte. An positiven Forderungen erhob der elsässische Liberalismus fast nur solche, die auf das Wahlrecht Bezug nahmen. Die Frage der Wahlreform im Sinne einer Herabsetzung der Censusgrenze wurde von den Liberal-Radikalen zur politischen Machtfrage par excellence erhoben. Ein Teil erhob sogar die Forderung auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Zuweilen bargen die verfassungspolitischen Ansichten in der Partei selbst revolutionäre Umsturzpläne in sich. Das Anti-

kirchentum oder der Antiklerikalismus wurde von dem Geist der kirchlichen Konzentration, der sich seit der Gegenreformation im Katholizismus immer mehr durchsetzte, angetrieben, gereizt; er betonte gegenüber dem Autoritätsprinzip die Idee der Freiheit des Individuums, gegenüber dem Dogma die Kritik. Da er aber in einseitiger Betonung die Kritik selbst dogmatisierte, den Invidualismus übertrieb und das Kirchentum als solches bekämpfte, setzte sich die Kirche energisch zur Wehr. Der Gegensatz vertiefte sich im Elsaß immer mehr und zog weitere Kreise, weil sich der Kampf zwischen „modernem" und „altem" Geist mit dem konfessionellen Kampfe oft deckte. Der Liberalismus war besonders im Unter-Elsaß protestantischer Färbung. Da aber die parteipolitische Organisation noch mangelhaft entwickelt war, so verpflanzten sich die Übelstände konfessioneller Kampfesweise ins politische Leben.

Der Hauptsitz der liberal-radikalen Partei im Unter-Elsaß[1] war natürlich Straßburg. Anfangs Oktober 1841 berichtet der Präfekt des Niederrheins[2]: „Während die Dorfgemeinden und fast alle kleineren Städte in Bezug auf ihre öffentliche Meinung befriedigen, ist die radikale Partei in Straßburg noch fest gegründet. Der republikanische Geist der Bourgeoisie ist bekannt. Es besteht eine dauernde republikanische Organisation, aber da sie öffentlich und unter der Aufsicht der Regierung wirkt, ist sie nicht sehr gefährlich."

Der Bericht betont absichtlich den republikanischen Geist der Partei, um den Zusammenhang mit der großen Revolution klarzulegen. Bis in jene Zeit läßt sich auch die Existenz des Niederrheinischen Kuriers als des führenden Blattes der unterelsässischen liberal-radikalen Bourgeoisie zurückverfolgen. Es war die bedeutendste politische Zeitung im ganzen Lande. Im Jahre 1793 gegründet, erschien der Kurier jetzt täglich unter Leitung von Karl Boersch in Straßburg bei Silbermann. Von den vier Spalten waren die beiden vorderen selbständige redaktionelle Arbeit in französischer Sprache, die beiden anderen meist nur mangelhafte deutsche Übersetzung. Seine Richtung war die des Pariser Blattes Le National; er war in Straßburg das Blatt der öffentlichen Meinung und beherrschte die Gesinnung der mittleren protestantischen und liberal-katholischen Bourgeoisie im Unter-Elsaß. Die Präfekturberichte der 40er Jahre erkennen seine Bedeutung, wenn auch ungern, an[3]: „Der Einfluß des Nieder-

[1] Über die liberal-radikalen Kreise und deren politische Tätigkeit im XIX. Jahrh. vgl.: Weill, Hist. du Parti Républicain, für das Elsaß noch besonders Staeling, Histoire de Strasbourg et de l'Alsace, 1830—1870.

[2] B. A. Str., Police générale. Präfekturbericht vom 17. Okt. 1841.

[3] B. A. Str., Police générale. Präfekturbericht vom 1. Okt. 1841.

rheinischen Kuriers ist nicht zu unterschätzen; er leitet und bestimmt die öffentliche Meinung in Straßburg, ja sogar in einigen Gemeinden. Er ist oft gehässig, aber er versteht nur zu gut, den für die Elsässer passenden Ton zu finden." Seit seiner Gründung hatte der Kurier eine kluge, auch anpassungsfähige liberale Politik vertreten. In der Opposition gegen die monarchischen Regierungen und im Kampf gegen den Klerikalismus war er sich treu geblieben. Aber die republikanischen Tendenzen hatte er über praktischen oder persönlichen Rücksichten aller Art nicht immer mit gleichem Nachdruck vertreten.[1] So Anfangs der 40er Jahre. In solchen Zeiten verfassungspolitischer Ruhe ließ er den Antiklerikalismus dann ausschließlicher zum Inhalt liberaler Politik werden.[2] Umgekehrt klang die antiklerikale Note weniger durch, wenn der Ton der Politik mehr auf verfassungspolitische Kämpfe gestimmt war, wie dies z. B. Ende 1847, Anfangs 1848 der Fall war. Da konnte das katholische Kirchen- und Schulblatt über die „Schwenkung" des Niederrheinischen Kuriers[3] das Staunen nicht los werden.

Die Führer der Partei waren in Straßburg die beiden Advokaten E. Martin,[4] in parlamentarischen Kreisen Martin de Strasbourg genannt, und L. Lichtenberger[5]. Beide teilten sich in die Führung ihrer Partei; Martin ging mehr in den parlamentarischen Arbeiten auf, auch als er 1842 nicht mehr gewählt wurde, Lichtenberger wirkte mehr in der Organisation des Landes. Eine amtliche Statistik[6] aus dem Jahre 1841 über die politisch gefährlichen Persönlichkeiten bezeichnet Lichtenberger als

[1] B. A. Str. Police générale, Präfekturbericht vom 2. April 1844, wo es heißt: „Les allures de l'organe radical sont d'une modération à laquelle il n'avait pas habitué ses lecteurs." Vgl. auch Alsacien, 26. April 1848, Nr. 34: „Qu'est-ce le Courrier? Saltimbanque."

[2] „Der Courrier du Bas-Rhin ist denn auch ein Robespierre des Journalismus, ein Sans culotte constitutioneller Frechheit, ein Damoklesdegen für die geplagten Präfekten, ein aprioristischer Opponent aller zukünftigen, konservativen Ministerien, ein Feind aller Königsfreunde, ein angestammter Advokat aller Empörer, Lumpen und politischer Ausbeuter, besonders aber ein stehendes Lexikon aller Scandale, die er in Wahrheit oder Lüge entweder an den Höfen der gekrönten Häupter oder in den Bureaux der armen Unterpräfekten und nichtradikalen Maires, besonders aber unter den 300000 katholischen Geistlichen der katholischen Christenheit auftreiben kann. Ein müßiger Kopf hat 65 Artikel zusammengezählt, die der N. K. in einem Monat gegen den französischen Klerus losgelassen." Hist. polit. Blätter. Bd 15, S. 702, Jahrg. 1845.

[3] Vgl. Kath. Kirchen- und Schulblatt, März 1848.

[4] Über E. Martin siehe Michaud, Biographie universelle.

[5] Über Lichtenberger zerstreute Notizen bei Staeling. Es ist auffallend, daß sich für ihn noch kein Biograph gefunden hat.

[6] B. A. Str., Police générale, 1841.

„Präsident der Association républicaine von 1833 bis 1834, prinzipienfest, gefährlich wegen seiner Talente, seiner Unerschrockenheit und seines Einflusses auf die Massen". Seit der Restauration Mitglied des Munizipalrats, wurde er zu allen liberal-radikalen Festlichkeiten als Redner, in alle liberal-radikalen Organisationen als Präsident gewählt. Um beide Führer scharten sich Getreue in nicht geringer Zahl.[1]

Dr. Karl Boersch, Redakteur des Niederrheinischen Kuriers seit 1833, Mitglied des Straßburger Stadtrates seit 1837, wurde im Januar 1843 zum Beigeordneten gewählt. Über seinen Eintritt in die Verwaltung der Stadt Straßburg meldete der Präfekt de Sers am 4. April 1843 nach Paris: „A la mairie de Strasbourg une mutation assez importante a eu lieu dans les premiers jours de janvier. Par suite de la démission de M. M. Haas et Reuss, adjoints au maire, une ordonnance royale a nommé aux mêmes fonctions MM. Charles Bœrsch et Braunwald. M. Bœrsch, depuis dix ans Rédacteur principal du Courrier du Bas-Rhin et depuis 1837 membre du Conseil municipal, était regardé à Strasbourg comme l'un des chefs du parti de l'opposition et son entrée officielle aux affaires a étonné quelques conservateurs qui n'avaient pas observé de près le développement antérieur du nouvel adjoint. M. Bœrsch est un homme essentiellement pratique; comme membre du Conseil mnnicipal il a donné des preuves incontestables de capacité et d'activité. Si comme rédacteur du Courrier du Bas-Rhin il a fait de l'opposition systématique, il faut convenir d'un autre côté que par des nuances habilemeat ménagées et par d'insensibles transitions il a depuis 4 ans donné à cette opposition une couleur toute différente et que dans les derniers temps il l'avait réduite à quelques insignifiantes réclamations. La nomination de M. Bœrsch aux fonctions d'adjoint réduit le parti de l'opposition au silence en le privant momentanément de son seul chef capable. Il ne faut point se dissimuler d'ailleurs que l'absence de M. le maire de Strasbourg, député du Bas-Rhin pendant 6 mois de l'année, demandait pour l'administration municipale l'adjonction d'un homme laborieux et ferme et M. Bœrsch était désigné sous ce rapport par ses

[1] Über die folgenden Persönlichkeiten finden sich vereinzelte Notizen bei Staeling, in der Sammlung „Biographies Alsaciennes" sowie in einzelnen Nachrufen und Nekrologen. (Letztere sind nach Namen geordnet in der Abt. Mg. der Straßburger Universitäts-Bibliothek leicht aufzufinden) — Über die meisten bereits auch in politischer Beziehung interessante Notizen in der eben angeführten statistischen Erhebung vom Jahre 1841.

antécédents au Conseil."[1] 1844 hatte jedoch der Beigeordnete heftige Meinungsverschiedenheiten mit der Behörde und erhielt durch seinen Verzicht auf sein Amt die politische Freiheit wieder. Er konnte jetzt wieder in der Redaktion des Niederrheinischen Kuriers und im Stadtrat die „Opposition" leiten.[2]

Ein anderer Führer war noch Dr. Eduard Eissen, Kantonalarzt in Straßburg, lange Zeit Redakteur der Gazette médicale de Strasbourg. Er wurde schon 1831 als „républicain bien connu, toujours mécontent comme son oncle (Auguste Eissen), dangereux à l'occasion" auf die obengenannte schwarze Liste gesetzt. Hinzuweisen ist ferner auf Guillaume Lauth, Präsident der Handelskammer und Mitglied des Straßburger Gemeinderats; Silbermann, Besitzer der Druckerei des Niederrheinischen Kuriers; Emil Küß, Professor der Medizin an der Akademie, dessen abwechslungsreiches politisches Leben allerdings in der Hauptsache erst vom Jahre 1848 datiert (1870 Bürgermeister von Straßburg); Friedrich Schützenberger, Professor der Rechte an der Akademie, Brauereibesitzer und Advokat zugleich; Schützenbergers Hauptinteresse war auf die sozialwissenschaftlichen Probleme gerichtet;[3] durch die Art seines Studiums wurde er des öfteren ins politische Leben gezogen. Er steht auf der schwarzen Liste mit folgendem Vermerk: „républicain de tout temps, membre de l'ancienne association de 1833. La propagande républicaine se fait dans sa brasserie qui est très considérable." Von V. Champy, Großgrundbesitzer, Mitglied des Straßburger Gemeinderats, zeitweise Beigeordneter, Oberst a. D., heißt es an derselben Stelle: „Drapeau du parti républicain, riche propriétaire, républicain utopiste et de bonne foi, n'est dangereux que par sa soumission aux volontés du parti." — Victor Chauffour aus Colmar, geboren 1819, war seit 1846 Professor an der Rechtsakademie in Straßburg. Sein erster Vortrag war eine begeisterte Hymnne auf die revolutionäre Devise: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"; er konnte von sich sagen: „Je suis républicain de si vieille date que l'origine de mes convictions républicaines se confond dans mon esprit avec l'origine même de mes sentiments

---

[1] B. A. Str., M. Adm. gén., Rapport sur Esprit publ. et adm. 1840—1843. Präfekturbericht vom 4. April 1843.

[2] Er blieb an der Spitze des N. K. bis anfangs 1849, wo an seiner Stelle Stammler-Engelhard die Leitung des Blattes übernahm. Vgl. N. K., 5. 1. 1849, Nr. 4. Dieser Personenwechsel hatte keinen Systemwechsel zur Folge, wie aus dem Programm ersichtlich, welches der neugewonnene Chefredakteur Tags darauf an leitender Stelle veröffentlichte.

[3] Verfasser von „Quelques idées à propos de la question de l'organisation du Travail", Aug. 1848, bei Silbermann; er schrieb noch: „Les lois de l'ordre social."

et de mes idées." Sein Hauptinteresse wandte er der Politik, der Nationalökonomie und der Revolutionsgeschichte zu.[1] Von den Brüdern Karl und Eugen Beyer war ersterer Advokat und hatte 1833 der „Association républicaine" angehört, „homme sans consistance et sans considération, dangereux à l'occasion." Eugen Beyer, Kunstmaler, genoß ebenfalls geringes Ansehen. Ihre Unerschrockenheit sicherte ihnen jedoch für Zeiten politischen Draufgängertums Einfluß und Macht. Coulmann, 1831 bis 1848 Abgeordneter, gehörte ebenfalls der Opposition an. In einem Wahlaufruf[2] nennt er sich „ancien républicain". Doch war er eher Mitglied der „dynastischen Opposition" als Republikaner. Fr. Aug. Engelhardt, licencié en droit, docteur ès-sciences, verfocht stets eifrig die liberal-radikalen Ideen. Seine Popularität wurde besonders groß, als er, zum Direktor der Werke in Niederbronn ernannt, dort durch die Besserung der Lage der ihm unterstellten Arbeiter sein Interesse für die Arbeiterfrage praktisch bewies. Sein Sohn Moritz Engelhardt, Advokat in Straßburg, galt ebenfalls als ein treues Glied der liberal-radikalen Partei. Andere bekannte Persönlichkeiten dieser Parteigruppe waren noch Engelbach, Heim, Hey, Ennery, Schneegans, Glorin, Kratz, Lichtenberger Sohn, Lips, Besitzer des nach ihm benannten Restaurants, Prof. Raynand.

Diese Straßburger Gruppe beherrschte als Mehrheit den Gemeinderat der Stadt. Es war eine Tradition, daß sich die Straßburger Bürgerschaft meist nur durch Anhänger dieser liberal-radikalen Richtung vertreten ließ. Hierin gelang es der Straßburger Verwaltungs- und Regierungsbehörde unter der Juli-Monarchie trotz aller vorsichtigen Umwerbung der einflußreichsten Männer niemals, Wandel zu schaffen. So blieb ja auch Karl Boersch auf die Dauer der Fahne liberaler Opposition nicht fern.

Auch außerhalb Straßburgs, in den kleinen Kreis- und Kantonsorten des Unter-Elsaß, war ein großer Teil der Bourgeoisie zur liberal-

[1] Notizen über ihn in der Wahlrede, die V. Chauffour selbst als Kandidat für die Aprilwahlen 1848 am 29. März in einer großen Diskussionsversammlung hielt. Vgl. N. K. 31, Nr. 78, Beilage.

[2] N. K. 1848, Beilage zu Nr. 73 vom 25. März. — Vgl. auch Républ. alsacien, 12. April 1848, Nr. 21. Brumath, „Un grand concours de la population et une magnifique sérénade de la garde nationale de Brumath ont salué hier le retour dans ses foyers de notre ancien député M. Coulmann: Merci pour la liberté! Merci pour la République! pour une démonstration dont l'honneur appartient aux principes dont je n'ai été que le faible mais fidèle organe..." Vgl. auch ein Präfekturbericht vom 20. Juli 1842: „candidat de l'opposition dynastique est M. Coulmann" – anderwärts „ancien député de la gauche dynastique."

radikalen Partei zu zählen. Man bekannte sich zu den liberalen Grundtendenzen, Demokratie und Antiklerikalismus, wobei es dem einzelnen je nach Temperament, Bildung und politischer Vertiefung frei stand, die Grenzen dieser beiden politischen Auffassungen selbst zu bestimmen.

Im Ober-Elsaß trat der Mangel an Geschlossenheit und Einheitlichkeit bei der liberal-radikalen Gruppe äußerlich noch mehr in die Erscheinung als im Unter-Elsaß. Das Bild der politischen Strömungen gestaltete sich hier viel bunter. Grundfarben bildeten wohl auch hier Demokratie oder Republikanismus und Antiklerikalismus, aber da schillerte es auch in der Öffentlichkeit von Nüancen. Man müßte sich auf biographische Einzeluntersuchungen verlegen, wollte man die politische Gesinnung oder Stimmung auch nur der führenden Männer aus dem liberal-radikalen Lager vollständig schildern. Im Rahmen dieser Untersuchung muß eine allgemeine Übersicht genügen.

Der Grund der größeren politischen Dezentralisation ist wohl der Unterschied in der Stellung der Städte beider Departements untereinander. Dort Straßburg, die allein herrschende Großstadt mit der anerkannten geistigen Führung des Unter-Elsasses; hier Colmar, Mülhausen, Altkirch, Thann, Belfort gleichwertig nebeneinander. Dazu im Unter-Elsaß die verfassungspolitisch im allgemeinen gemäßigtere, anpassungsfähigere Art des Niederrheinischen Kuriers; in Colmar der grundsätzlich radikale Ton des Elsässer Kuriers, dessen extreme Art keineswegs in allen oppositionellen Kreisen gebilligt wurde, weil sie auf die Dauer die verschiedenen Spielarten der Opposition nicht zusammenhalten konnte. Diese Colmarer Zeitung[1] konnte sich mit dem Straßburger Organ der liberal-radikalen Partei an Alter (erst 1842 gegründet), an Umfang, an Größe und Verbreitung (nur dreimal wöchentlich, in mittlerem Format, zweispaltig erscheinend), so wenig wie an allgemeiner Autorität messen. Wie angedeutet, war die politische Richtung radikaler als die des Niederrheinischen Kuriers. Man pflegte die schärfere demagogische Art der politischen Aufklärung, wie sie der Demokratenführer Ledru-Rollin handhabte. Die Abhängigkeit von dessen Organ La Réforme bewirkte, daß die sozialen Forderungen weniger der Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse des Ober-Elsasses entsprangen als dem Doktrinarismus, der damals wie später Ledru-Rollin eigen war. Auch erhob man die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, während der gemäßigtere Niederrheinische Kurier und sein Anhang sich mit einer Herabsetzung der Zensusgrenze begnügt hätten.

[1] Vorhanden in der Straßburger Stadtbibliothek und in der Colmarer Stadtbibliothek. — Über die im Ober-Elsaß erschienenen Zeitungen orientiert am besten Waltz, „Bibl. de la ville de Colmar".

Auch andere Blätter im Ober-Elsaß, entsprechend den Überzeugungen und Stimmungen der ihnen nahestehenden Kreise, hatten einen starken „sozialistischen" Einschlag. Dies gilt vor allem von dem unpolitischen wöchentlichen Unterhaltungsblatt le Glaneur du Haut-Rhin[1], das in Colmar erschien. Trotz seines unpolitischen Charakters, vielleicht auch gerade wegen desselben — da ja der Sozialismus selbst noch unpolitisch sein wollte — war der Glaneur Mitte der 40er Jahre von der wissenschaftlich-sozialistischen Strömung fortgerissen worden, die unter den Namen „Fouriérisme" und „Phalanstère" in Frankreich so große Wellen schlug[2]. Sonst brachte es lokale Nachrichten und allgemeine Neuigkeiten ohne politische Färbung.

Dies gilt ebenso für die beiden Organe der oberelsässischen Industrie: l'Industriel alsacien[3] von Mülhausen, das vorwiegend in französischer Sprache erschien, und la feuille d'affiches de Thann[4], das mehr deutschen Text enthielt. Beide Zeitungen wurden von derselben redaktionellen Kraft in derselben Druckerei hergestellt. Bis Januar 1848 erschienen beide Organe auch in demselben kleinen Quartformat, dann nahm der Industriel alsacien Folioformat an. Der politische Charakter beider Zeitungen trat hinter dem lokalen noch ganz zurück. Und so verhielt es sich auch mit dem Journal hebdomadaire de Belfort et du Haut-Rhin[5]. Die wichtigsten Ereignisse der Politik wurden zwar registriert, aber man enthielt sich der Stellungnahme, oder, wenn sie nicht zu umgehen war, bevorzugte man eine versöhnliche Tonart ohne parteipolitische Anklänge.

Fehlte im Ober-Elsaß das große, angesehene Parteiorgan, welches die öffentliche Meinung führte, so fehlte dort auch das Parteioberhaupt, welches in ähnlicher Weise, wie Lichtenberger, eine Führerrolle spielte. Anton Struch[6], der angesehenste oppositionelle Abgeordnete von Colmar,

---

[1] Eine Sammlung des Glaneur in der Colmarer Stadtbibliothek. — Einzelne Jahrgänge in der Straßburger Stadtbibliothek.

[2] Siehe unten den Abschnitt: Der wissenschaftliche Sozialismus und die soziale Idee im Elsaß.

[3] Vollständige Sammlung des Industriel alsacien (von 1835 ab) in der Mülhauser Stadtbibliothek.

[4] La Feuille d'affiches de Thann (von 1840) in der Privatbibliothek von Herrn A. Ingold (Colmar).

[5] Mir zugänglich für die Jahrgänge 1847 u. 1850 ff. in der Druckerei Pétot (Belfort). — Die Jahrgänge 1848–1849 fand ich nur in der Pariser National-Bibliothek.

[6] Über Anton Struch siehe „Biographies alsaciennes", Band 3. Vgl. darüber und über folgendes bei Paul Müller „Autour du 24 Février 1848 dans le Haut-Rhin", Révol. de 1848, Tome VII., S. 135 ff., jetzt abgedruckt in Paul Müller „La Révolution de 1848 en Alsace", 1912.

besonders seit Mitte der 40er Jahre, war kein Parteihaupt. In seiner Stellung als Präsident des Genealrats war er in etwa darauf angewiesen, seine Stellung über den Parteien zu suchen und die verschiedenen Nüancen der Opposition auf eine mittlere Linie zu einigen. Seine Popularität im Kreise der Liberalen verdankte er mehr dieser repräsentativen Stellung im Lande und seiner mutigen Opposition gegen die Juli-Regierung als einer ausgesprochenen Parteizugehörigkeit. Führer im liberal-radikalen Lager der Stadt Colmar war eher Ign. Chauffour, der ältere Bruder des schon genannten Victor Chauffour. Er hielt zur doktrinären Oppositionspolitik des damaligen Liberalismus; sein gerader Charakter, frei von Ehrgeiz oder materiellem Egoismus, umgab jene Gesinnung mit einem Glorienschein von tugendhafter Integrität[1]. Neben ihm stand Robert Yves mit ähnlichem Gesinnungseifer und gleichem republikanischem Drang. Schon 1830 war er als junger Advokat einer der rührigsten Vorkämpfer des entschieden revolutionären Liberalismus; und im Jahre 1848 ließ er sich noch von der revolutionär-romantischen Stimmung fortreißen wie ein junger Mann[2]. Andere bekannte liberal-radikale Parteimänner waren in Colmar: Ch. Koenig, Gärtnereibesitzer; V. Robin, Zivil-Ingenieur; Kaeppelin, Professor am Collège von Colmar, der spätere Verfasser des Buches: Colmar de 1814—1871; Ch. F. Meyer, Redakteur des Elsässer Kurier; Carl Gérard, Advokat.

In Mülhausen trug der Bürgermeister und Abgeordnete Emil Dollfus seit Mitte der 40er Jahre die Fahne der gesamten Opposition; in Belfort der Richter Napoleon Bardy; in Thann der in ganz Ober-Elsaß hochgeschätzte Fabrikant Ch. Kestner; besonders dieser machte aus seinen auch in sozial-wissenschaftlicher Beziehung recht fortschrittlichen Gesinnungen kein Hehl. Auch Männer wie Frédéric Titot, Fabrikant in Ensisheim, Cassal, Fabrikant in Pfirt, und sein Bruder, Notar in Altkirch, Karl Steiner, Fabrikant in Rappoltsweiler, Heuchel, Arzt in Sennheim, die Brüder August und Adolf Stöber in Mülhausen scharten einen großen Teil der geistigen Elite der gebildeten Kreise des Ober-Elsasses um die Sache des radikal-oppositionellen Liberalismus.

Neben dem sozialistischen und dem radikal-demokratischen Einschlag hatte aber die Opposition im Ober-Elsaß eigentümlicherweise noch einen legitimistischen Einschlag. Männer, wie Baron de Heeckeren aus Sulz im Ober-Elsaß, J. Migeon, Großgrundbesitzer in Méziré, Kreis

---

[1] Vgl. Abbé Merklen: Ign. Chauffour, souvenirs d'un ami. Sitzmann I, S. 297.

[2] Vgl. die Rede, welche er bei seiner Installation als Generalprokurator beim Appellationsgericht in Colmar im April gehalten hat. N. K., 8. April 1848, Nr. 85.

Belfort, sowie Prud'homme aus Horburg versuchten im Jahr 1846 als Kandidaten der Opposition ihr Wahlglück. Im Grunde waren diese Herren Anhänger des legitimen Königtums. Aber im Ober-Elsaß nahm man es damals mit den politischen Antezedenzien nicht so genau; es genügte, daß diese Kandidaten gegen die Regierung opponierten, um den Liberal-Radikalen vom Schlage des Elsässer Kurier den Glauben zu erleichtern, Prud'homme und de Heeckeren befänden sich auf dem Wege zur Republik. Diese Illusion mochte allerdings darin begründet gewesen sein, daß der Radikalismus im Ober-Elsaß im Propagandastadium größter Weitherzigkeit sich befand. Die Zukunft sollte zeigen, daß weder im Unter-Elsaß noch im Ober-Elsaß aus der bloßen Opposition gegen die Juli-Monarchie auf liberale Parteizugehörigkeit geschlossen werden konnte. Übrigens bewies auch schon vorher die Prinzipienlosigkeit mancher Abgeordneter, z. B. de Golbérys und Cerf-Berrs, die trotz ihrer Wahl als Vertreter der Opposition in der Kammer regierungsfromm geworden waren, daß es sich bei den Wahlen und bei der Parlamentstätigkeit oft um anderes handelte als um Parteiprinzipien.

II. Die konservative Regierungspartei.

Die konservative Partei war im Grunde bloß eine Interessengemeinschaft; ihre politische Tendenz ward ersichtlich in dem Gegensatz zu dem liberalen Radikalismus der modernen Demokratie. Die Namen Ludwig-Philipp und Guizot galten in den Kreisen der konservativen Partei als Bürgschaft einer gediegenen Wirtschaftspolitik. Durch diese Wirtschaftspolitik hatte Guizot in Frankreich nicht nur das kleine Häuflein überzeugter Anhänger einer konstitutionellen Monarchie um die Fahne des Königs geschart, sondern auch alle jene politisch mehr oder minder gleichgültigen Kreise, die mit den materiellen Erfolgen des Juli-Königtums zufrieden waren. In dem Maße, als es der Regierung gelang, die Industrie zu fördern, den gesamten wirtschaftlichen Aufschwung zu beeinflussen, wandte sich gar mancher von der radikalen Opposition ab. Die Regierung verschmähte auch kleinere Mittel nicht, um die Freundschaft zwischen ihr und der Bourgeoisie zu befestigen.[1] Und eine große Anzahl von

[1] Wie die Regierung in allem darauf bedacht war, die Opposition durch die Befriedigung materieller Interessen in sich selbst zu schwächen, zeigte oben schon die Ernennung K. Boerschs zum Beigeordneten, zeigt auch folgende Notiz in einem Präfekturbericht: „La demande des brasseurs de Strasbourg (droit de douane sur les bières de l'Allemagne) m'a paru digne d'être appuyée et prise en considération par des raisons d'équité d'abord, puis par des motifs qui se rattachent à la position que les brasseurs occupent dans

Familien der „haute bourgeoisie“ bekannte sich zu dieser Parteirichtung. Um diesen Kern gruppierte sich immer dichter die große Masse der Industriellen, Rentner und Großgrundbesitzer. Sie hatten selten eine günstigere Zeit gekannt; sie sehnten sich auch nach Abschluß der politisch bewegten Vergangenheit, zu deren unruhiger Gestaltung manche von ihnen selbst beigetragen hatten, nach dem ungestörten Genuß eines ruhigeren Daseins.

Im Unter-Elsaß bildete die höhere protestantische Bourgeoisie die sichere Stütze der konservativen Regierungsgruppe. Die höhere katholische Bourgeoisie hatte politisch eher legitimistische Traditionen; auch pflegte sie in Zeiten konfessioneller Erregung für ihre religiösen und kirchlichen Interessen energisch einzutreten, mochte sie dadurch gleich auch in Gegensatz zu dem im Elsaß vorherrschenden Protestantismus geraten und der Regierung unbequem werden. Dem Radikalismus gegenüber aber waren die meisten dieser Familien bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn diese ihre Empfindungen schonte und ihre Bekannten bei der Aufstellung der Regierungsliste für die Wahlen berücksichtigte. Die Präfekturberichte der 40er Jahre lehren deutlich, daß sich die Politik der Departementsverwaltung bei den Wahlen vor allem um die materiellen Interessen drehte. Allmählich hatte die Regierung dadurch für die konservative Partei im Unter-Elsaß alle Wahlkreise erobert. 1842 unterlag auch der letzte Abgeordnete der Opposition, Advokat Martin (de Strasbourg) gegen den früher liberalen Bürgermeister Schützenberger. Baron Leon Renouard de Bussière fiel zwar gegen Cerf-Berr durch, der, Oberst im Generalstab und Beamter des Kriegsministeriums, sich durch die Opposition wählen ließ; der letztere aber schlug sich gleich darauf im Parlament zur Regierung. Baron Alfred, Renouard de Bussière, Direktor des Bankhauses „La Monnaie“, Theodor Humann, receveur général in Straßburg, Sohn des im Jahre 1842 verstorbenen Finanzministers, Hallez-Claparède, Großgrundbesitzer in Schlettstadt, A. Saglio, maître des requêtes in Zabern und Ingenieur Lemasson von Hagenau waren die übrigen konservativen Abgeordneten. Es schien, als ob die für die Juli-Regierung günstige politische Lage sobald nicht geändert werden könnte.

Die Regierung hatte eigentlich die Führung der Konservativen. Markante Persönlichkeiten, die als mehr oder minder geeignete Kandidaten von der Regierung ausgewählt wurden, vertraten die Partei nach außen.

Im Besitze ihrer Macht, fühlten die Regierung und die ihr nahestehenden Kreise kein Bedürfnis, für politische Aufklärung und Schulung

---

la ville de Strasbourg un corps d'industriels dont dépendent 6—700 ouvriers et qui ont dans toutes les parties de la population strasbourgeoise des ramifications et des influences de famille et de position.“ B. A. Str., Police générale, Präfekturbericht. 1. Januar 1847.

zu sorgen. Sie hoffte, daß die jedem wirtschaftlichen Aufschwung innewohnende natürliche Werbekraft die besser situierten Kreise, denn sie waren zugleich die Wählerkreise, immer mehr auf die Seite der Regierung bringen würde[1].

Dem Niederrheinischen Kurier hätte man gern ein Blatt zur Verteidigung der Regierung entgegengestellt. Aber da zeigte sich, daß die konservative Regierungsgruppe wohl einen Wahlapparat besaß, aber auf die öffentliche Meinung nicht dauernd zu wirken vermochte. Im Jahre 1843 entstand als konservatives Organ l'Alsace, vermochte jedoch die Vorherrschaft des Niederrheinischen Kuriers nicht zu brechen. Seine protestantische Tendenz wurde ihm in der Hitze der konfessionellen Streitjahre (1842 bis 1844) zum Verhängnis. Katholische Gegengründungen erschwerten ihm das Leben und führten seinen Tod (1844) herbei[2]. Das Unvermögen der Regierung und ihrer Partei, ein eigenes Organ lebensfähig zu erhalten, ist umso bemerkenswerter, als es die Regierung in der Hand hatte, durch Entziehung der Gerichtsanzeigen die oppositionellen Blätter zu schädigen.[3] Die Vorliebe der Regierung für das kleine, unansehnliche Wochenblatt entsprang dieser Zwangslage. Die Feuilles d'affiches, auch Feuilles d'annonces, Indicateurs, Journaux hebdomadaires, Anzeigeblätter, Wochenblätter genannt, standen jeder politischen Richtung fern; selbst in Wahlzeiten schwiegen sie die wichtigsten Nachrichten tot und veröffentlichten nur die auf Wahlen bezüglichen amtlichen Kundgebungen. Im Unter-Elsaß besaßen Weißenburg, Hagenau, Zabern, Niederbronn und Schlettstadt solche Organe. Auch Straßburg hatte ein Annoncenblatt, (das Wochenblatt)[4]. Diese Zeitungen

---

[1] B. A. Str. M, Police générale, Bericht vom 30. Sept. 1846.

[2] Am 31. März 1844. B. A. Str., M. Police générale, Bericht vom 2. April 1844: Danach nahm sich der Niederrheinische Kurier erst wieder mehr der protestantischen Interessen an, als l'Alsace einging.

[3] Vgl. Avenal, Histoire de la presse française depuis 1789, Seite 392; vgl. auch le National vom 4. Januar 1848: „La cour royale de Colmar fidèle à ses précédents a encore attribué le monopole des annonces judiciaires aux feuilles ministérielles de son ressort. – Parmi les journaux exclus figurent le Courrier du Bas-Rhin et le Courrier d'Alsace qui comptent beaucoup plus d'abonnés que toutes les feuilles désignées par la cour."

[4] Les Affiches et Annonces et Avis divers de Wissembourg gegründet 1803, in Oktav, Verlag Wentzel. — La feuille d'affiches de Schlettstadt, gegründet 1812, Verlag Helbig. — La feuille d'affiches de Saverne, verlegt bei Castillon, Zabern, war in ihrem vierzigsten Jahrgang. — L'Indicateur de Haguenau, gegründet 1842, Verlag Brucker. — Les affiches de Strasbourg, 1788 gegründet, nahmen an Abonnenten erst zu, als das Blatt im Jahr 1848 zum offiziellen Organ der Garde nationale erhoben wurde.

halfen dank ihrer unpolitischen Stimmung mit, das Bedürfnis nach politischer Ruhe und ungestörtem, wirtschaftlichem Streben im Sinne der konservativen Regierungspolitik zu stärken.

Noch schwächer als im Unter-Elsaß trat der konservative Geist im Ober-Elsaß sowohl in Zeitungen wie in leitenden Persönlichkeiten in die Erscheinung. In Altkirch und Markirch gab es Feuilles d'affiches. Colmar besaß neben dem Elsässer Kurier und dem Glaneur noch ein 1836 gegründetes Wochenblatt: Le Journal hebdomadaire de Colmar,[2] welches der Regierung und dem Appellationsgerichtshof als Organ für offizielle Bekanntmachungen diente. Mülhausen besaß ebenfalls neben dem Industriel noch ein im Jahre 1806 gedrundetes unpolitisches Annoncenblatt le Journal de Mulhouse.

Aber diese Blätter waren eben auch nur dank ihrer passiven Haltung allen Angelegenheiten des politischen Lebens gegenüber Träger einer der konservativen Regierungspolitik unschädlichen Stimmung, nicht eigentlich Träger echt konservativer Ideen. Die Regierung sah überhaupt nicht auf die Verbreitung konservativer Staatsgedanken, ihr genügte der persönliche Einfluß auf „ministerielle" Abgeordnete. Auch im Ober-Elsaß hatte es die Regierung verstanden, in diesem Sinne für die Konservativen Eroberungen zu machen. Zu den treuesten Regierungsstützen im Parlament zählten im Ober-Elsaß Andreas Köchlin, ein reicher Großindustrieller von Mülhausen, de Golbéry, Generalprokurator in Colmar, der sich allerdings erst nach der Wahl zum „Ministeriellen" durchgemausert hatte, und General Bellonet. Die Sättigung, welche in den Wählerkreisen des so stark beschränkten Zensuswahlrechts infolge der Verwaltungsfürsorge für das Ober-Elsaß (Rhein-Rhône-Kanal 1829, Eisenbahn Mülhausen-Thann 1839, Eisenbahn Basel-Straßburg 1841) Platz gegriffen hatte, schien so vollkommen, daß die Regierung sich der Bedeutung der Tatsache nicht bewußt wurde, daß so echt konservative Männer wie der bereits genannte Anton Struch und der Bürgermeister von Mülhausen Emil Dollfus sich zur Opposition schlugen. Sie taten es aus Unabhängigkeitssinn und aus Verärgerung darüber, daß die Regierung sich auch den kleinsten verfassungspolitischen Fortschritten entgegenstellte, nicht aus Mangel an konservativem Sinn.

Dritter Abschnitt.

Die katholische Geistlichkeit und die katholische Bewegung.

Außerhalb der genannten Parteien, seine eigenen Ideale, seine eigenen Interessen vertretend, stand der katholische Klerus. Den großen Einfluß, den er auf die Bauern und Arbeiter vielleicht noch, wenn auch schon in geringerem Maße, auf die niedere Bourgeoisie ausübte, konnte er bei der damaligen Gestaltung der Verhältnisse nicht nutzbar machen. Auf die Gebildeten aber war sein Einfluß gering. Ein Teil der höheren Bourgeoisie unterhielt regere Beziehungen zu ihm, ohne daß daraus größere Werte für eine katholische Bewegung geschaffen wurden.

Das Verhältnis der katholischen Geistlichkeit zur Juli-Regierung war eigenartig. Die Regierung Ludwig-Philipps war den katholischen Bestrebungen nicht gewogen[1]. Sie konnte es kaum sein, weil sie die größtenteils liberal gesinnte Bourgeoisie nicht, ohne sich selbst zu schwächen, in die Opposition drängen durfte. Andererseits aber wollte sie auch den Katholiken keine Verlegenheiten bereiten, denn sie durfte viele unter ihnen zur konservativen Regierungstruppe zählen. War auch der Katholizismus für die Regierung Ludwig-Philipps nicht die offizielle Stütze des Thrones, so doch ein öffentlicher Machtfaktor, mit dem man rechnete. Das gab zwischen Regierung und Klerus ein kühles Verhältnis. Innerlich abgeneigt, oft mißtrauisch standen sich beide Teile gegenüber. Der Klerus trug dem Rechnung, daß die Regierung mit den Jahren an Rückhalt bei den einflußreichen Klassen im Lande gewann. Er wurde auch dadurch an einer Stellungnahme wider sie gehindert, daß die Regierung von dem liberalen Radikalismus bekämpft wurde, dessen revolutionäre antiklerikale Prinzipien der Regierung und dem Klerus gleich zuwider waren. Aber er kam andererseits, zumal da viele ältere Geistliche im Herzen Anhänger der Bourbonen geblieben waren, auch nicht über den „voltärianischen Geist" der Regierung und ihre Abneigung gegen die kirchlichen Interessen hinweg. So gehörte der größte Teil des Klerus in

[1] Vgl. Thureau-Dangin, „L'Eglise et l'Etat sous la Monarchie de Juillet".

die Reihe der politisch Indifferenten, welche die stille Interessengemeinschaft der zufriedenen Elemente unter der Juli-Regierung verstärkten, solange sich diese im Sattel hielten [1].

Übrigens mußten auch die Erfahrungen des letzten halben Jahrhunderts der katholischen Geistlichkeit die Taktik, sich der politischen Gruppierung gegenüber indifferent zu zeigen und ausschließlich die rein kirchlichen, oder wenigstens rein kirchenpolitischen Bestrebungen zu betonen, aufdrängen. Jede Regierungsform hatte Anhänger hinterlassen; die verfassungspolitische Entwicklung hatte große Unterschiede politischer Auffassung wachgerufen. So war die Norm für die Vertretung rein katholischer Interessen von selbst gegeben. [2] Allerdings hatte diese Beschränkung auf die Vertretung religiöser Interessen dann wieder zur Folge, daß die politische Indifferenz von den einen als Abneigung gegen das bestehende Regime, von den andern als Undank gegen das kirchentreue legitime Königtum gedeutet werden konnte. Im Elsaß hatte das Betonen nur der kirchenpolitischen Interessen leicht auch die Wirkung, daß es als Herausforderung der anderen christlichen Konfession interpretiert wurde, umso mehr als der konfessionelle Zwiespalt gerade in den vierziger Jahren sich zu vertiefen schien. Ende 1841 ging wegen kleiner lokaler Streitigkeiten (Simultankirchen, Gutenberg-Denkmal) eine starke konfessionelle Erregung durch das Land. Von einzelnen Dorfgemeinden (Gundershofen, Wingen) und von der Hauptstadt Straßburg drang die Bewegung in alle Kreise der elsässischen Bevölkerung. Es trennte sich das Elsaß in zwei Lager, und selbst Männer, die mit Rücksicht auf ihre öffentliche Stellung über den Parteien hätten stehen sollen, ließen sich von der allgemeinen Bewegung fortreißen [3].

Die von Montalembert geleitete katholische Bewegung, insofern sie eine politische Organisation der Katholiken anstrebte, hatte im Elsaß noch

---

[1] Vgl. Univers vom 15. März 1848, Nr. 455: „Chacun sait que les catholiques n'ont pas voulu le détruire (le gouvernement de Juillet), chacun sait aussi qu'ils n'ont pas lieu de le regretter". Vgl. im Anh. Anl. Nr. 2.

[2] Wie ängstlich die Politik (gemeint ist die Verfassungspolitik) von rein katholischen Gründungen fern gehalten werden sollte, zeigen die Statuten des im Jahre 1844 in Straßburg ins Leben gerufenen Katholischen Lesevereins: „Toute discussion politique ou autre qui pourrait dégénérer en dispute est sévèrement défendue. Le Comité d'administration est expressément chargé de tenir la main à l'exécution de cette disposition. Celui qui n'obtempérerait pas à la première invitation qui lui serait faite à cet égard, par le censeur ou tout autre membre du Comité, s'exposerait à être exclu de la Société."

[3] Hierüber B. A. Str., M. Police gén. Präfekturbericht vom August 1843. — Vgl. Briefe aus Straßburg im Mainzer „Katholik", 1840—1848.

nicht Wurzel zu fassen vermocht. Nur vereinzelte schon im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten, wie Pfarrer Aringer[1] von Leutenheim, Pfarrer Lecoeur von Gebweiler, waren in diesen Ideenkreis hineingewachsen. Erst die jüngere Generation, wie Abbé Freppel, der spätere Bischof von Angers, Abbé Kaeuffer, 1848 Redakteur am Katholischen Volksfreund in Gebweiler und später an der Espérance in Nancy, Abbé Ch. Braun, später ebenfalls Redakteur am Katholischen Volksfreund, Abbé Martin, der zukünftige Direktor des collège libre von Colmar, Abbé Joseph Guerber, der zukünftige deutsche Reichstagsabgeordnete, zeigten sich lebhafter und zahlreicher von den neuen Idealen: Freiheit der Kirche, Freiheit des Unterrichts ergriffen. Aber die Mehrzahl dieser Männer weilte Mitte der 40er Jahre noch im Seminar. Ein guter, jedenfalls der regsamere Teil des Klerus, war immerhin auf den von Louis Veuillot herausgegebenen Univers abonniert. Neben diesem Organ hielt sich die katholische Geistlichkeit noch an eine Monatsschrift: Das Katholische Kirchen- und Schulblatt[2]. Politisch schloß es sich dem Univers an, sofern man überhaupt von politischer Richtung bei Blättern sprechen darf, die ihr Interesse wesentlich auf die Kirchenpolitik beschränken. Auf einen größeren Leserkreis war das Katholische Kirchen- und Schulblatt nicht berechnet. Immermehr machte sich jedoch in den katholischen Kreisen des Landes das Bedürfnis nach einem katholischen Blatt fühlbar, das in der Art des Univers auch die allgemeine Politik vom Standpunkte der katholischen Interessen aus behandelte. An Versuchen fehlte es schon vom Jahre 1830 ab nicht; es blieb aber bei den Versuchen, auch noch in den 40er Jahren. Das Katholische Kirchen- und Schulblatt durfte stolz sein auf seine lange Lebensdauer, wenn es an die vielen Zeitungen dachte, die in den 40er Jahren katholischerseits ins Leben gerufen wurden[3].

L'Abeille vegetierte von 1842—43; anfangs 1845 sollte das Blatt nochmals erscheinen. L'Impartial du Rhin erschien von 1843 47.

---

[1] Siehe L. Erhard: Abbé Aringer. Aringer hatte 1843—1844 den im Ober-Elsaß (Gebweiler) erscheinenden Observateur du Rhin geleitet. B. A. Straßburg, M, Police générale, 1840—1848. Präfekturbericht vom 4. Januar 1844.

[2] Sammlung des Kirchen- und Schulblattes in der Bibliothek des Bischöfl. Seminars zu Straßburg, — dgl. in der Universitäts- und Landesbibliothek (1840 gegründet). Sehr interessant ist die Tatsache, daß von allen bis jetzt genannten Organen des Elsasses allein das Katholische Kirchen- und Schulblatt, das Organ der katholischen Geistlichkeit, nur deutsch, nicht zweisprachig erschien. Auch das Gegenstück auf protestantischer Seite „Das protestantische Kirchen- und Schulblatt" erschien nur in deutscher Sprache.

[3] Anfangs 1848 schreibt das Katholische Kirchen- und Schulblatt: „Unsere Zeitschrift tritt ins neunte Jahr ihres Lebens. An solche Dauer sind wir im Elsaß bei den katholischen politischen Journalen nicht gewöhnt."

Beide Tagesblätter kamen in Straßburg heraus[1]. Mit der vorsichtigen Gründung eines Wochenblattes hatten die Katholiken mehr Glück. Diese Form öffentlicher Bekanntmachung war damals sehr beliebt, und so führte sich im September 1847 l'Alsacien als kleines, zweimal wöchentlich erscheinendes Annoncenblatt gut ein. Er mied sorgfältig die Politik, beschränkte sich auf Notizen lokaler und literarischer Natur und wandte sein Interesse den sozialwissenschaftlichen Problemen zu. So rettete sich das Blatt in das Jahr 1848 hinüber und trat dann mit einer konservativ-katholischen Tendenz offen heraus. Es ist von größtem Interesse zu verfolgen, wie l'Alsacien, in den unklaren Verhältnissen zu Ende 1847 entstanden, sich allmählich eine politische Marschroute bahnte. Seine Stellungnahme zur sozialen Frage, zur späteren republikanischen Regierung, zur kirchlichen Frage weist gleichmäßig eine vorsichtige Entwicklungsfähigkeit auf. Den Weg zur Regierung fand dieses Blatt definitiv, als die Reaktion 1848 hereinbrach[2].

In Colmar oder in Gebweiler, im katholischen Verlag Jung & Munsch, erschienen: l'Observateur du Rhin in den Jahren 1843—44, le Progrès 1846—1847[3]. Dann wurden Ende 1847, anfangs 1848 l'Echo du Rhin, l'Union Alsacienne[4] ins Leben gerufen: publizistische Eintagsfliegen. Als Redakteur dieser Zeitungen versuchte sich L. W. Ravenez[5]. Wie wenig sich diese Blätter der Regierungsgunst erfreuen durften, dafür seien zum Beweis nur einige Bemerkungen des Präfekten de Sers (Straßburg) aus seinen amtlichen Berichten wiedergegeben: L'Abeille, so berichtet der Präfekt am 4. April 1843 nach Paris, produit un

---

[1] Vgl. über diese Zeitungen die Präfekturberichte von de Sers vom 4. Oktober 1843, vom 4. Januar 1844, vom 2. April 1844. Vgl. auch folgenden Bericht vom Januar 1845 über die geplante Neugründung der Abeille: „On annonce comme devant reparaître au 1er Janvier 1845 l'Abeille, journal catholique, dont la véhémence a laissé depuis 1842—1843 de pénibles souvenirs en Alsace. L'ancien gérant, M. Humbourg, se remet à la tête de cette entreprise et restera sans aucun doute fidèle à ses premiers errements. L'Abeille sera imprimée à Nancy avec les caractères et dans les ateliers du journal l'Espérance (Nancy) dont l'existence et les opinions sont sans aucun doute connues de v. Eminence.“.

[2] Jahrg. 1847 in der Straßburger Stadtbibliothek, ebenda Ende 1849, 50, 51, — Der Jahrgang 1848 und der erste Teil des Jahrgangs 1849 waren mir nur in der Pariser Nationalbibliothek zugänglich. Über den Umschwung vgl. Rép. alsac., 17. Juli 1848, Nr. 77.

[3] Über das Programm des Progrès vgl. Anhang, Anlage Nr. 2.

[4] Diese beiden Zeitungen erschienen noch beim Ausbruch der Revolution. Sie waren mir nur in der Pariser Nationalbibliothek zugänglich.

[5] Über ihn siehe Sitzmann: Dictionnaire de Biographie.

déplorable effet en ramenant dans chaque numéro des questions blessantes pour la susceptibilité religieuse des protestants. L'Abeille est écrite avec assez de verve, elle est mordante et dans un pays où 1/3 des habitants vénère les réformateurs comme des saints, une attaque virulente contre eux devait provoquer à la fin des répliques. C'est ce qui arriva . . ."[1] Als für Ende 1843 l'Impartial du Rhin von katholischer Seite geplant wurde, schrieb der Präfekt nach Paris: „On annonce d'ailleurs pour le 15 octobre prochain la publication d'un journal catholique quotidien intitulé l'Impartial du Rhin. La rédaction future a lancé déjà quelque temps sa déclaration de principes; elle promet de faire honneur à son titre et semble ou affecte d'oublier que dans une province mixte l'impartialité n'est plus possible du moment où l'on part d'un point de vue confessionnel."[2] Und in einem späteren Bericht heißt es: „L'Impartial du Rhin, fondé par une coterie ultra-catholique, voit augmenter le nombre de ses abonnés dans les communes rurales et les petites villes, avec l'appui du clergé." Die Regierung sah diese kirchenpolitischen Blätter nicht gern, da sie die religiösen Kontroversfragen aufwarfen und mit der Besprechung der kirchenpolitischen Probleme die zur Regierung haltenden Wählerkreise nach konfessionellen Gesichtspunkten zu teilen drohten. Aber der Mangel an Regierungsgunst vermag den Mißerfolg all der katholischen Zeitungsgründungen nicht ausreichend zu erklären. Der Hauptgrund lag darin, daß derjenige Teil des Volkes, auf den der Klerus noch Einfluß ausübte, politisch durchaus unmündig war, während der kleine Teil der höheren Bourgeoisie, der überhaupt für katholische Aktionen in Betracht kam, zu wenig zahlreich war, um den Presseversuchen gedeihlichen Ausgang zu sichern. Dazu kamen die Uneinigkeit in verfassungspolitischen Fragen und infolge des engen Zusammenhangs mit den wenigen wohlhabenden katholischen Bürgern eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den neuen Problemen, die das materielle Wohl des werktätigen Volkes betrafen, eine Zurückhaltung, die in der utopistischen Aufmachung des „Sozialismus" einen tiefen Grund hatte.

Als geradezu typisch für die Zwiespältigkeiten der Katholiken und der daraus folgenden Hemmungen für ihre Betätigung im öffentlichen Leben mag das Schicksal des im Jahre 1844 gegründeten Katholischen

[1] Vgl. B. A. Str., M, Police générale. Präfekturbericht vom 4. April 1843.

[2] Vgl. dortselbst Präfekturbericht vom 4. Oktober 1843 und für die folgende Notiz den Präfekturbericht vom 4. Januar 1844: auch der vom 2. April 1844 bringt eine Notiz über den Impartial du Rhin.

Lesevereins von Straßburg gelten.[1] Der unpolitische Charakter dieser Vereinigung, obwohl in den Statuten festgelegt, ging allmählich verloren. Die legitimistischen Tendenzen beherrschten bald die Zusammenkünfte so sehr, daß die Politik die Hauptrolle spielte und die Lektüre eigentlich nur noch Mittel zum Zweck war. Die Verletzung der Statuten war offenbar. Einzelne Mitglieder hatten beizeiten gegen diese Wendung der Dinge Einspruch erhoben. Nun weigerten sie sich sogar ihren Beitrag zu zahlen und drohten mit dem Hinweis auf die Statutenverletzung, ihre Zahlungsverweigerung gerichtlich anerkennen zu lassen. Es ist bezeichnend, daß die Opposition von Geistlichen ausging. Besonders war es Abbé Dietrich, einer der Gründer des Vereins, der energisch gegen die legitimistischen Tendenzen ankämpfte. Er wandte sich in der Tat an das Gericht und zugleich an die Präfektur. In seinem Schreiben wies er nach, daß man in dem Verein gerade Politik am meisten treibe; auch der Cercle littéraire sei seit der Ersatzwahl für den im Jahr 1844 verstorbenen ministeriellen Abgeordneten Magnier de Maisonneuve ein legitimistischer Klub geworden; diejenigen Mitglieder, welche sich dem politischen Treiben fernhielten, bezeichne man als „Pritschardisten" (ein bekanntes Schimpfwort für die Anhänger des Juli-Königtums). Es sei sogar die Rede davon gewesen, den Impartial du Rhin von der Liste der Vereinszeitungen zu streichen, weil er zu dynastisch, im Sinne der Juli-Monarchie sei. Unter solchen Umständen den Vereinsbeitrag zu bezahlen, hieße die politischen Tendenzen des Vereins akzeptieren, was man unmöglich verantworten könne. Diese Hinweise genügten der Regierung. Gerade aus der Mitte des kaum entstandenen Vereins war auch die Kandidatur der Regierung 1844 bekämpft worden. Trotz ausdrücklicher Versicherung und energischer Warnung hatte er von der Politik nicht gelassen. Die Verwaltung griff also mit beiden Händen zu, als einzelne Mitglieder des Vereins die Gefährlichkeit der politischen Tendenzen hervorhoben. Der Präfekt berichtete nach Paris, und am 4. April 1845 ward der Cercle littéraire durch Dekret des Ministers aufgelöst.[2]

---

[1] Die Geschichte dieses Vereins ist sehr lehrreich für den Charakter der katholischen Bewegung und die Stellungnahme der Regierung dazu. Vgl. im „Elsässer", 30. Mai 1910: „Ein katholischer Leseverein im Jahre 1844" von E. Stadtler.

[2] Vgl. hierüber B. A. Str., M, Police générale 1841—1848.

Vierter Abschnitt.

Der wissenschaftliche Sozialismus und die soziale Idee im Elsaß.

Gegenüber einem neuen Problem, das in Paris die Gemüter bereits stark erregte, gegenüber der sozialistischen Idee, erarbeitete sich das Elsaß erst langsam eine Stellungnahme unter steter Fühlung mit den führenden Geistern der Hauptstadt. Wenn auch einige unpolitische Zeitungen ein literarisches oder wissenschaftliches Interesse dafür zeigten, so wurde doch im öffentlichen politischen Leben des Landes noch Stillschweigen darüber bewahrt. Die Konservativen waren in ihrer Art freilich nicht ohne soziales Verständnis. Viele große Arbeitgeber sorgten gegen Ende der Juli-Monarchie für die Arbeiter in echt patriarchalischer Weise [1], errichteten Kassen, übten in weitgehendem Maße ein System von Belohnungen, Strafen, Preisen, Auszeichnungen und Unterstützungen. Ein erzieherischer Zweck war bei diesen Bemühungen wohl auch im Spiel. Jedoch verschloß man sich auch gegen tiefergehende Anregungen nicht einfach ab. In den monatlichen Sitzungen der Société industrielle von Mülhausen beriet man über das Los der Arbeiter und über die Möglichkeiten einer Verbesserung ihrer Lage [2]. Eine Kommission wurde gebildet, die sich vornehmlich mit

[1] Vgl. besonders folgende Notiz des Organs des wissenschaftlichen Sozialismus, La Démocrattie pacifique, 4. April 1847, Nr. 81: „Ajoutons que les riches habitants de la ville ne manquent point de cœur; ils sont émus des souffrances des pauvres: une crèche, plusieurs salles d'asile patronnées par les dames, une association qui fournit des soupes à la classe laborieuse, attestent les intentions généreuses de la bourgeoisie." Hierhin gehört etwa auch die Notiz aus dem oberelsässischen Organ der Fouriéristen, Glaneur du-Haut-Rhin, 14. März 1847, Nr. 11: „Münster. Nous devons rendre une entière justice à l'esprit de charité qui anime la maison Hartmann. En effet elle distribue aujourd'hui à ses nombreux ouvriers 25000 miches de pain par semaine à prix réduit de 35 cent. le kg., tandis que partout ailleurs le kg. vaut 50 à 55 cent."

[2] Vgl. hierüber die monatlichen Berichte der „Société industrielle de Mulhouse", veröffentlicht im Industriel alsacien.

der Arbeiterfrage zu beschäftigen hatte. Ihr Berichterstatter in den Plenarsitzungen, Dr. Achille Penot, war in seinen sozialpolitischen Anschauungen sehr fortgeschritten. „Zwanzig Jahre lang beschäftige ich mich schon mit dem Lose der Arbeiter," so heißt es im April 1848 in einem Wahlmanifest dieses Mannes, „habe Bücher und Broschüren über die Arbeiterfrage geschrieben, habe gezeigt, daß diese Volksschicht allgemein verkannt wird. Ich verlange eine neue Steuergrundlage nach dem Prinzip der Belastung der reicheren, Alters- und Krankenunterstützung, Verkürzung der Arbeitszeit"[1]. Der Aufruf zog dem Kandidaten wohl eine Entgegnung mehrerer Industrieller zu[2]. Doch blieb Penot in der Gesellschaft der angesehene Mitarbeiter: ein Zeichen, daß die Société industrielle die große Zeitfrage, das soziale Problem, tiefer faßte, als diejenigen, welche diesen ganzen Aufgabekomplex durch das Almosengeben für erledigt hielten[3]. Sozial im modernen Sinne des Wortes waren diese konservativen Kreise freilich nicht. Die Theorien des liberalen Volkswirtschaftlers Bastiat bildete deren Voraussetzung und Begrenzung: Geordnete und ruhige staatliche Verhältnisse sollten den notwendigen Aufschwung der Industrie ermöglichen, der Staat solle die Industrie gegen Konkurrenz von außen und gegen Schwierigkeiten im Innern schützen. Würden diese Voraussetzungen erfüllt, so meinte man die Produktion in einer Weise steigern zu können, daß Arbeit und Lohn in ein den Bedürfnissen und Forderungen der Arbeitnehmer entsprechendes Verhältnis zu bringen seien. Erst die Befriedigung des Arbeitgebers, dann die des Arbeitnehmers, ohne Belastung des Arbeitgebers: das war die Formel Bastiats, welche die konservativen Kreise gewiß nicht ohne Selbstsucht aufnahmen. Inzwischen suchten sie, die allzu grellen Miß-

---

[1] Vgl. Elsässische Wahlaufrufe 1848—1850.

[2] Vgl. Ind. als. 9. April, Nr. 15.

[3] Ind. alsacien 5. April 1848, Nr. 115. Vgl. auch bereits 1839 Bürgermeister Schützenberger's „Rapport au conseil municipal de Strasbourg sur les causes du paupérisme": „Le nouveau code économique de la Révolution française se composa d'un principe unique; liberté absolue du travail c. à. d. concurrence illimitée, guerre incessante, lutte inégale . . . Remède: il faut régler les applications et les conditions de la liberté de travail, eu égard à cette limite infranchissable qu'est la dignité de la nature humaine dans les ouvriers . . . Fixation des heures de travail par la législation, part proportionnelle des bénéfices aux ouvriers. . ." Wenn man diese und ähnliche sicherlich vom wissenschaftlichen Sozialismus beeinflußte Darlegungen liest, gewinnt man oft den Eindruck, als ob das Rad des sozialen Fortschrittes durch die Politisierung und Radikalisierung des sozialen Gedankens eher rückwärts gedreht worden sei.

stände durch individuelle Eingriffe und einzelne Stiftungen zu mildern[1].

Ein erheblicher Teil der liberal-radikalen Bourgeoisie, befangen in verfassungspolitischen Streitfragen oder in antiklerikaler Stimmungsmache, war ohne alles Interesse für die sozialen Nöte der Zeit. Die Männer von der Richtung des National waren jeder sozialen Neuerung abhold; die sozialistischer Theorien schienen ihnen utopistisch. Sofern einzelne unter ihnen dem Studium sozialwissenschaftlicher Werke Interesse abgewinnen konnten, wurden sie von ihren Parteifremden als unkluge Streiter im Kampfe für die Freiheit angesehen; diesen aber entging nicht der Gegensatz zwischen dem Kampf für das Prinzip der politischen Freiheit und dem sozialistischen Kampf gegen das wirtschaftliche Freiheitsprinzip.

Nur die Radikalen von der Richtung der Zeitung la Réforme, die besonders im Ober-Elsaß zahlreich waren und sich auch gern Demokraten nannten, waren dem sozialen Fortschritt gewogen, aber um praktische Einzelforderungen kümmerten sie sich wenig.

Auch viele Katholikenführer nahmen die sozialen Ideen mit großem Mißtrauen auf[2]. Einschränkung, zum mindesten Regelung der privaten Wohltätigkeit, Erweiterung der staatlichen Rechte und Pflichten waren zugleich Voraussetzung und Wirkung der sozialistischen oder sozialen Theorien. Montalembert aber und seine zahlreichen Anhänger waren ganz in der entgegengesetzten Denkweise des revolutionären Freiheitsideals befangen. Sie fühlten nicht, daß die Zeit bereits wieder über das Freiheitsideal, das sie in später Stunde mit katholischen Idealen verknüpfen wollten, hinwegschritt. Noch weniger empfanden sie, daß das allerneueste Ideal, die soziale Idee, dem Katholizismus viel näher stand, als das freiheitliche Verfassungsideal des Liberalismus. Deshalb betrachteten Montalembert, Louis Veuillot und die ihnen nahestehenden Zeitungen jede Offenbarung „sozialistischer Ideen" als Utopie, gefährliche Neuerung, und mit Wehmut verfolgten sie das Eindringen des „Kommunismus" in den besser situierten Kreisen. Andere Katholikenführer, allerdings

[1] Vgl. La Pétition de Ch. Schattenmann, directeur des mines de Bouxwiller, sur la question des ouvriers, v. 10. Juli 1848. Vgl. im Anhang Anlage Nr. 1. — Vgl. auch: Des Droits et des devoirs de la société envers les ouvriers par un industirel du Bas-Rhin (Edm. Ehrmann) 1848 — besonders aber die Leitartikel des Industriel alsacien von 1848.

[2] In dem Wahlorgan Montalembert's (7. April 1848, Nr. 2) heißt es: „Le moyen de soulager les ouvriers c'est l'industrie et le travail . . . si le travail revient, l'ouvrier sera heureux . . . osons le dire: l'organisation du travail c'est l'esclavage de l'ouvrier."

etwas abseits der Politik, wie Ozanam, de Melun stemmten sich zwar auch gegen den Sozialismus, aber zugleich lenkten sie die Aufmerksamkeit auf die damaligen sozialen Gebrechen und begannen rüstig die Abhülfe; sie waren sogar die einzigen, die praktisch Hand anlegten und „Sozialpolitik" realisierten.

Im allgemeinen war der Sozialismus damals eine neue Form des Interesses der Gebildeten für die unteren Schichten der Bevölkerung; deshalb blieben zunächst die eigentlichen Träger der späteren sozialistischen Bewegung davon unberührt. Sozialisten waren demnach nicht die Arbeiter der zahlreichen Fabriken, auch nicht die ärmeren Bauern vom Lande, erst recht nicht die Unzufriedenen radikalen Temperamentes, sondern ausschließlich Männer aus den gebildeten Schichten der Bourgeoisie, die von den „modernen" Ideen und Theorien sich hatten ergreifen lassen[1]. Im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts war der wissenschaftliche Sozialismus eine natürliche Reaktion gegen die manchesterliche Doktrin des schrankenlosen Wirtschaftsindividualismus in denselben Bevölkerungsschichten, von denen diese Doktrin Besitz genommen hatte.

Aus dem natürlichen Drang der Menschen, den Egoismus durch den Altruismus, die zügellose Freiheit durch Ordnung und Zwang, die Individualethik durch die Sozialethik zu korrigieren, erklärt sich der sozialisierende Zug der Spekulation in einer Zeit, wo der liberale Doktrinarismus in seiner Sünden Maienblüte stand. Paris, welches man gerne als Kopf und Herz Frankreichs feierte, hatte den Liberalismus in der großen Revolution zu stürmischen Eroberungen geführt. Hier wurden auch zunächst, auf wirtschaftlichem wie auf geistig kulturellem Gebiet, die verheerenden Folgen sichtbar, welche die Entfesselung des nackten Individualismus allenthalben zeitigte. Von Paris ging auch dann wieder die sozialistische Reaktion aus: St.-Simon, Fourier, Proud'hon, Cabet und andere stellten nun in kühnen Thesen und Antithesen Systeme auf zur Reform der gesellschaftlichen Ordnung.

---

[1] So heißt es z. B. Démocratie pacifique, 4. April 1847, Nr. 81 in einer Korrespondenz aus Mülhausen: „C'est dans les corps savants, dans les villes éclairées que les idées phalanstériennes ont toujours fait les progrès les plus rapides. Nous attendons beaucoup de Mulhouse." Das war nicht nur eine Schmeichelei. — Oder Glaneur du Haut-Rhin, 18. März 1848, Nr. 12: „Mais sachez donc que des hommes de science et non des rêveurs s'occupent de ces questions depuis longtemps." — „L'école Phalanstérienne par la Démocratie Pacifique y travaille depuis 10 ans." — Oder Bulletin de la Société belfort. d'émulation 1894. p. 19: „Après St. Simon, il (Bardy) étudia Fourier, comme il étudiera plus tard Auguste Comte, Pierre Leroux, Cabet et d'autres novateurs. Les rêveries du phalanstère et de l'état harmonieux l'intéressèrent et le séduisirent."

Wie auf anderen Gebieten spiegelte hier die Provinz nur wieder, was die Hauptstadt an Aufklärung bot; auch das Elsaß machte von dieser allgemeinen Regel keine Ausnahme. Besonderer Sympathien im Elsaß erfreute sich die Lehre Fouriers, die nach dem Namen des „Phalanstère", der Zelle der von Fourier ersonnenen Zukunftsgesellschaft, selbst auch „Le Phalanstère" hieß[1]. Zum Prinzip der Gesellschaftsordnung sollte nicht die Freiheit, sondern das Solidaritätsgefühl erhoben werden; als Ideal der Gesellschaftsordnung galt eine auf Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit basierte Organisation, wo jeder nach Fleiß und Begabung zweckentsprechend beschäftigt werden konnte.

Ob ihres idealistischen Gehaltes und um ihrer großen Dehnbarkeit willen, war die Werbekraft dieser Lehre sehr groß. Bereits im August und September 1832 wurden im Elsaß Vorträge zur Propagierung des Fourierismus gehalten[2]. In den Städten des Elsasses fanden sich überall Männer, die sich für das neue Ideal erwärmten. Ganz besonders in Colmar und in Straßburg erstarkte der Anhang des Fourierismus. In Straßburg war Emil Kopp, Professor der Akademie, Führer und Organisator der Phalansterianergemeinde. In Colmar betätigte sich der Arzt Dr. Jaenger als eifriger und überaus tätiger Apostel der Lehre[3]. Die Männer, welche Dr. Jaenger für die fourieristischen Ideen im Ober-Elsaß zu interessieren verstand, waren meist Männer der Tat, der praktischen Politik: Frédéric Titot, Fabrikant; Ch. F. Meyer, Redakteur des Elsässer Kurier; R. Yves und J. Chauffour, Rechtsanwälte; Ch. Kestner, Fabrikant in Thann; Dr. Achille Penot, Professor in Mülhausen. In Straßburg waren es Männer der Wissenschaft: Prof. E. Kopp, Professor Victor Chauffour und Professor E. Küß. Auch in Mülhausen hatte sich der Fourierismus in leitenden Kreisen Anhänger zu schaffen vermocht[3]. Aus Weißenburg (Notar Lichtenberger), Sulz (Münz),

---

[1] Vgl. Glaneur du Haut-Rhin, 6. August 1848, Nr. 32: „Le ménage sociétaire c'est la réunion et l'association d'un certain nombre de familles (3 à 400) formant une commune ou phalange et habitant dans un seul bâtiment suffisamment grand et convenablement disposé et pourvu de tous ses accessoires."

[2] Vgl. auch Kaeppelin, Colmar 1812—1870, S. 119: „C'est en 1832 que deux apôtres St. Simoniens d'abord et le célèbre fouriériste V. Considérant ensuite vinrent exposer leurs doctrines devant une nombreuse assemblée dans le grand salon de l'hôtel des Deux-Clefs."

[3] Dr. Jaenger; vgl. über ihn Biographies alsaciennes, und Paul Müller La révolution de 1848 en Alsace. Von Jaenger erschienen anfangs 1847 im Elsässer Kurier größere Artikel über den Freihandel; er war auch Mitarbeiter des Glaneur du Haut-Rhin und der Démocratie pacifique. Ich fand im Briefkasten der Démocratie pacifique folgende Notizen: 29. Januar 1847, Nr. 25,

Erstein, Schirmeck, Ostheim, Wasselnheim, Markolsheim, Barr, Benfeld, Scherweiler, Gebweiler, Sentheim, Rappoltsweiler, Münster, Thann, Markirch, Reichenweier, Neu-Breisach, Munzenheim tritt uns in den Zeitungen jener Zeit die Kunde von Anhängern des Sozialismus entgegen[1].

Das gemeinsame Band zwischen all diesen Persönlichkeiten bildete zunächst das Ideal einer sozialen Reform nach den Ideengängen Fourier's. Aber auch persönliche Beziehungen zwecks Aussprache oder Propaganda wurden gepflegt. Gemeinsam beging man alljährlich am 7. April den Todestag Fourier's[2] und rege Korrespondenz verband die Führer. Besonders mit der Zentrale in Paris wurde der Meinungsaustausch gepflegt. In dem großen Organ La Démocratie Pacifique läßt sich noch jetzt im Briefkasten der Niederschlag jenes geistigen Verkehrs und Angaben über die sozialistischen Organisationen im Elsaß wiederfinden. Nach einem Bericht dieses Blattes aus dem Jahre 1847 scheint das Elsaß sogar mit an der Spitze der fourieristischen Bewegung gestanden zu haben[3]. Unzweifelhaft hatte die Organisation der Bewegung Mitte der 40er Jahre größere Fortschritte gemacht[4]. Ende der Jahres 1846 z. B. wurde mit einer Mitgliederzahl von 40 Leuten von E. Kopp „l'Ecole sociétaire

---

Colmar, M. J. (aenger) Prière de nous envoyer en un paquet la collection des numéros du Courrier d'Alsace qui contiennent votre travail. 15. Februar 1847, Nr. 40: Colmar, M. J. (aenger) Reçu les brochures. Très bien! 17. Dezember 1847, Nr. 142: Colmar, Merci. (pour les 548 frs. — Mulhouse envoie 645 frs.) Félicitations à vous et notre excellent docteur J. (ænger) pour votre activité constante.

[1] Vgl. auch Revue alsacienne 1885/86, S. 156 ff. Besprechung de „La Pomme du Pin", organe de la Société littéraire de Strasbourg, 1847. Es heißt da: „Deux ou trois jeunes têtes étaient enthousiasmées pour le socialisme." Der eine leistete sich folgenden Ausruf: «Je me voue à l'X et pour me justifier auprès de vous, hommes lettrés et sensibles, je dirai que mon cœur bat pour l'inconnu! Salut et fraternité!"

[2] Vgl. Glaneur du Haut-Rhin, 18. April 1847, Nr. 16 und Démocratie pacifique, 12. Mai 1847. Nr. 113, Bericht über das Colmarer Fest. Vgl. auch Démocratie pacifique, 1. April 1874, Nr. 78.

[3] In dem Bericht über das Pariser Bankett vom 7. April 1847 zu Ehren Fouriers wurden der Reihe nach die 32 Städte genannt, welche sich in der fourieristischen Bewegung am meisten auszeichneten (durch Abonnentenzahl und Subskriptionen). Darunter sind vier Städte aus dem Elsaß: Straßburg (Nr. 15), Colmar (Nr. 17), Mülhausen (Nr. 18), Weißenburg (Nr. 28). So heißt es auch Démocratie pacifique, 7. Juli 1847, Nr. 161 (Jahrg. 1847), Briefkasten: M. G. Reçu les 435 frs. cordial accueil aux six nouveaux, l'Alsace est toujours la même terre généreuse.

[4] L'écho du Rhin, ein katholisches Blatt, 6. Februar 1848, Nr. 7: „L'envahissement du communisme est plus profond qu'on ne croit. Un exemple frappant dans un discours récent prononcé au comice agricole de Benfeld par son président M. Drillon..." Vgl. auch die Artikelserie des Echo

du Bas-Rhin" ins Leben gerufen[1]. Um die gleiche Zeit schritt man in Colmar zur Bildung einer ähnlichen Vereinigung. Auch in Mülhausen bestand 1847 ein lebensfähiger „cercle social[2]." Diese Vereinigungen sollten den Anhängern des Sozialismus Gelegenheit bieten, sich immer näher kennen zu lernen, ihre Ideen auszutauschen, an die Lösung praktischer Fragen heranzutreten. Die Vereinigungen waren also Diskussionszirkel mit populär-wissenschaftlichen Zwecken. Vorträge, Diskussionen und gegenseitige Belehrung sollten den sozialen Problemen, nicht aber politischen Fragen gewidmet sein.

In einer Flugschrift, die Karl Bernhard Ende 1847 mit der Aufschrift: „Assoziation und Brod" unter das Volk brachte, hieß es u. a.: „Die Republik! Was mich betrifft, so will ich davon nichts hören, denn da würden sich etliche wieder an die Spitze stellen, bis sie ihre Schäflein wieder im Trockenen hätten, und der arme Teufel würde immer ein armer Teufel bleiben. Übrigens bekümmert sich ein großer Teil dieser Republikaner wenig um die arbeitenden Klassen[3]." Diese sehr wichtige Bemerkung drängt die Schlußfolgerung auf, daß die Sozialisten als zusammenhängende Gruppe keinem bestimmten Verfassungsprogramm huldigten. Verfassung und Staatsform waren ihnen nur ein äußerer Rahmen, der auf die innere Organisation der Gesellschaft, also auch auf die Reorganisation derselben im Sinne der sozialistischen Theorien keinerlei Einfluß auszuüben vermochte.

---

du Rhin (entnommen der Zeitung l'Espérance) im Januar 1848 über den Kommunismus.

[1] Vgl. B. A. Str. Adm. gén. Sûreté générale, Surveillance politique 1849. Clubs, Eigenbericht von Prof. E. Kopp. Danach war der Monatsbeitrag 1 fr.

[2] Vgl. Démocratie pacifique Nr. 82, 5./6. April 1847: Bericht über die Konferenzen, die Victor Hennequin zur Einführung des Fourierismus in Mülhausen hielt. Der Industriel alsacien bemerkt dazu: «Nous devons à la vérité de déclarer que dans la théorie exposée par M. Hennequin nous n'avons trouvé aucun des caractères de subversion et d'immoralité que l'ignorance seule a pu lui reprocher.» — Démocartie pacifique (Briefkasten) 9. Januar 1847, Nr. 8, Mülhausen M. L. S. Reçu les 229 fr. (Abonnements). Nous savons que vos efforts ne feront pas défaut à la «Cause» — Dgl. Mulhouse, 24. März 1847, Nr. 71, M. V. (ictor) H. (ennequin). Nous n'avons que des compliments et des félicitations à vous adresser. Und wieder, Mulhouse, 29. März 1847, Nr. 76, M. S. (avoie)! V. H. (ennequin) nous remet les 422 francs. — Merci! — Nous espérons que vous êtes aussi content de lui qu'il est de vous. Cordial accueil aux 14 nouveaux adeptes.

[3] Vgl. auch N. K.; 11. April 1848, Nr. 87: «Même les socialistes ne demandaient pas l'avénement de la Républilque.» Aus der Wahlrede von Prof. Kopp.

Der soziale Gedanke war überhaupt damals noch ohne politische Nebenfunktion: weder mit der liberal-radikalen Opposition noch mit der orleanistischen Regierungspartei wollten sich die Sozialisten identifizieren. Dem republikanischen Staatsideal gegenüber waren sie indifferent; auch die im Mittelpunkt des verfassungspolitischen Interesses stehende Wahlrechtsreform berührte die wenigsten unter ihnen.

Ihre verfassungs- und auch kirchenpolitische Neutralität[1] ward taktisch für die Anhänger der sozialen Ideen von größtem Werte; um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wurden die bestehenden Zeitungen im Sinne eines vagen Sozialismus bearbeitet. So verfielen im Ober-Elsaß der Glaneur du Haut-Rhin und der Elsässer Kurier, letzterer allerdings erst gründlich im März 1848 dem Einfluß Dr. Jaengers; und auch Zeitungen, die am ehesten den Charakter offiziöser Blätter der Industrie trugen, l'Industriel alsacien und la Feuille de Thann waren den maßvoll gehaltenen sozialistischen Propaganda-Artikeln zugänglich. In Straßburg hielt sich das Hauptorgan des elsässischen Liberalismus le Courrier du Bas-Rhin zurück; dagegen übernahm der Ende 1847 gegründete Alsacien was ihm von Phalansterianern geboten wurde[2]: eine umso interessantere Tatsache, als diese Zeitung bald das Hauptorgan der antisozialistischen Reaktion wurde. Selbst das Journal hebdomadaire de Belfort et du Haut-Rhin (1. Januar 1848 Nr. 1) spricht sich in Leitartikeln warm für die sozialen Verbesserungen der Notstände aus.

---

[1] Vgl. Glaneur du Haut-Rhin, 1. August 1847, Nr. 21: «La loi que nous nous sommes imposée de rester étrangers à toute opinion politique.» — Vgl. auch Glaneur du Haut-Rhin, 5. August 1847, Nr. 33, über das Reformbankett von Colmar: «Dans un banquet politique qui a eu lieu à Colmar dimanche dernier, 8 août, en faveur de la réforme électorale et parlementaire il fut prononcé plusieurs discours rivalisant d'érudition et de patriotisme. Ce n'est pas à nous à en donner ici un aperçu raisonné, les colonnes de notre journal ne se prêtant pas à des compte-rendus de manifestations de ce genre. Mais qu'il nous soit permis d'en examiner un seul côté. Nous constatons avec plaisir que la classe des travailleurs a rencontré des organes généreux et dévoués — l'amélioration du bien-être matériel qu'ils demandent avant de réclamer pour elle des droits politiques dont elle ne saurait aujourd'hui que faire.» Folgt der Toast von Dr. Jaenger sur l'organisation du travail.

[2] Am 1. August 1847, Nr. 28 der Démocratie (einen Monat vor der Gründung des Alsacien) finde ich eine Notiz im Briefkasten, die eine systematische Bearbeitung des Alsacien andeutet: „Erstein M. G. Cordial accueil aux deux nouveaux . . . Nous prenons note pour l'Alsacien". — Es war in ganz Frankreich System in der langsamen Beeinflussung der Presse durch die Phalansterianer. Des öfteren bringt die Démocratie Zusammenstellungen von Zeitungsartikeln, die auf das sieghafte Vordringen der «Bonne Cause» schließen lassen.

In den Streit um die religiösen und kirchenpolitischen Probleme mischten sich die Sozialisten kaum ein. Die reichliche Polemik der Démocratie pacifique gegen Montalembert darf in der Einschätzung dieser Tatsache nicht beirren; wenn man in Betracht zieht, daß Montalembert dem sozialen Problem in seiner neuzeitlichen Formulierung die Berechtigung absprach, war diese Polemik recht verständlich. Sympathien wandten sie jedem Priester zu, der die moderne Gesellschaftsordnung nicht nur religiös, sondern auch wirtschaftspolitisch für verbesserungsbedürftig hielt. In der Praxis neigten die Sozialisten zur liberalen Weltanschauung auch im Elsaß.

Weitherzigkeit nicht nur in Verfassungs- und kirchenpolitischen, sondern in den sozialen Fragen selbst — eine gewöhnliche Gemüts- und Geistesverfassung aufstrebender junger Bewegungen — war nötig, um den Vorkämpfern der Sozialreform so viele Blätter zugänglich zu machen. In der Tat fehlte es nicht an ihr.

Da die äußeren Umstände, besonders die politische Entwickelung nur wenig die idealistische Fassung der sozialen Lehre beeinflußt hatten, war die Freiheit sozialer Forschungen noch nicht durch feste Programme und taktische Parteierwägungen beengt. Es stand auch den Einzelnen noch frei, die praktischen Folgerungen aus der Lehre so zu bestimmen, wie eben Temperament und Erziehung, der engere oder weitere Gesichtskreis es ihm ermöglichten. In der Wahlperiode 1848 wurden die elsässischen Phalansterianer mehrfach veranlaßt oder gezwungen, Lehren ihres Leibblattes und auch Theorien Fourier's abzuschütteln. Sie taten es unbedenklich[1]. E. Kopp betrachtete den Sozialismus noch als Vorstufe zum reinen Agrarstaate. „Geben wir uns ja den Irrtümern nicht hin, die Louis Blanc (der Sozialist in der Provisorischen Regierung von 1848) verbreitete: Keine Verminderung der Arbeitsstunden! eine Gleichheit der Löhne! . . . Nur die Landwirtschaft wird Frankreichs wirtschaftliche Macht wieder heben. Laßt uns einig sein in der Verfolgung des großen Zieles, unsere Landwirtschaft blühend und mächtig zu machen." Dieses sozialistische Programm paßte sich den vorwiegend agrarischen Verhältnissen des Unter-Elsaßes an[2]. Dagegen zog Dr. Jaenger aus seinen Beobachtungen

---

[1] Vgl. N. K., 11. April 1848, Nr. 87. Le candidat E. Kopp: «La Démocratie pacifique est bien l'organe de l'école sociétaire, mais je ne vois pas pourquoi je serais responsable de toutes les opinions exprimées par ce journal».

[2] Näheres hierüber in Kopp's Kandidatenrede. Über Kopp, Straßburger Neue Zeitung, 7. April 1910, Nr. 160: Wissenschaftliche Beilage; Emil Kopp, der erste Sozialist im Unter-Elsaß. Merkwürdigerweise finden sich ganz ähnliche Gedanken-

im industriellen Ober-Elsaß die Lehre, daß die Arbeiter genossenschaftlich die Industrie vor der Ausbeutung durch einzelne Kapitalisten schützen sollten. Das Schlagwort der Sozialisten „Organisation du Travail" war ganz nach den Formeln der Phalansterianer das beliebteste Schlagwort der Zeit: „Jetzt, wo Dampf, Chemie, Maschinen die Arbeit von Millionen Menschen ersetzen, die teils brot- und arbeitslos im Elende dahinschmachten ..... Eines der zweckmäßigsten dieser Mittel ist die Organisation der Arbeit", so hieß es in der obengenannten Flugschrift von Bernhard. „Wir sollen und wir müssen uns organisieren: ähnlich wie unsere Gesellschaften Krankenkassen haben, sollten sie Bäckereien errichten ...!"

Vergesellschaftlichte man die Produktion, so schien man damit gleichmäßig zu den von der großen Revolution durchbrochenen Prinzipien des gesellschaftlichen Zusammenschlusses auf allen Lebensgebieten zurückzukehren, wie die sozialen Forderungen auf eine vernünftige Art der gesteigerten Produktionsweise des modernen Kapitalismus anzupassen. Diese Vergesellschaftlichung der Produktion sollte „dem industriellen Lehenswesen, jenem sozialen Zustand, wo die Ungleichheit zwischen den Klassen immer größer wird, wo einerseits grenzenlose Macht und unaussprechliche Reichtümer, andererseits Armut und Gehorsam herrschen, ein Ende bereiten".

In Thann, Egisheim, Markirch und Straßburg waren sogar versuchsweise im Jahre 1847 genossenschaftliche Bäckereien nach den Grundsätzen des Flugblattes: „Assoziation und Brot" im Betrieb[1]. Später kamen einige praktische Köpfe unter den Straßburger Phalansterianern auf den Gedanken, billige Arbeiterwohnungen und Ledigenheime zu gründen. Der Plan wurde selbst im Niederrheinischen Kurier besprochen und gelobt: „D'après ce plan et avec une somme de Frs. 130000 à 140000 on pourrait créer une habitation renfermant des logements pour 48 familles et 32 célibataires. Elle renfermera en outre différentes institutions d'utilité générale, telle que crèche, salle d'asile, bibliothèque, réfectoire, établissement de bain, cuisine commune pour les célibataires."

Diese praktische Anwendung sozialistischer Gedanken vom Standpunkt des Systems aus war jedoch etwas Seltenes. Man war so durchdrungen von dem Werte der Idee — „la Cause" nannte man schwärmerisch

---

gänge in dem als reaktionär verschrieenen Kreise Belfort. Vgl. Journal hebdom. de Belfort et du Haut-Rhin, 23. September 1848, Nr. 39: «Pour nous l'organisation du travail est dans l'agriculture.»

[1] Vgl. Glaneur du Haut-Rhin, 10. Juli 1846, Nr. 29: über «boulangerie sociétaire». Natürlich kehrt das Blatt die ideelle Seite der Sache heraus.

die Theorie —, daß man zunächst nur auf deren Verbreitung in den einflußreichen Kreisen der Bevölkerung bedacht war. Das Ziel wollte man erst klar erkennen, Mitkämpfer gewinnen; Weg und Methoden, so dachte man, würden sich schon finden.

Deshalb versuchte auch der Fourierismus gar nicht das Volk zu gewinnen. Und so wußte auch das Volk nicht, daß in den gebildeten Kreisen an der radikalen Änderung seiner Notlage gearbeitet wurde.

Die beiden Strömungen[1], welche später die große, politische sozialistische Bewegung bilden sollten, hatten sich noch nicht vereinigt. Einerseits blieb die politische Kraft der Agitation unter dem Volke noch ungenützt; andererseits war sich auch das Volk der völkerbewegenden Energie der sozialistischen Idee noch nicht bewußt. Beide Elemente führte erst die Februar-Revolution zur Einheit. Wo die Impulsivität in dem gesamten öffentlichen Leben geringer war, vollzog sich der Prozeß langsamer. Im Elsaß war die Verschmelzung der beiden Elemente erst anfangs 1849 eine vollendete Tatsache, während in Paris der Ausbruch der Februar-Revolution mit der Urkraft, die diesem Ereignis eignete, als Bindegewalt von unvergleichlicher Stärke die Volksbewegung mit der sozialistischen Schule zusammenschweißte.

---

1 Vgl. N. R., 2. Juni 1848, Nr. 132: «Lorsque la révolution est arrivée, qu'avons-nous trouvé sur la brèche? Des hommes qui demandaient la satisfaction de leurs besoins matériels à côté d'hommes qui ont passé leurs années à nourrir un idéal flatteur. . .»

Fünfter Abschnitt.

Wirtschaftskrisen und gesteigerte politische Unruhe am Vorabend der Revolution.

Der Zufall wollte, daß die größere politische Unruhe, die wie in ganz Frankreich, so auch im Elsaß Ende 1847 wahrnehmbar wurde, mit einer großen Wirtschaftskrisis zusammen fiel, die damals das gesamte Europa erschütterte.

Zunächst kommen da in Betracht die Verhältnisse des Winters 1846/47. Ende August 1846 ließ die schlechte Ernte eine Steigerung der Lebensmittelpreise voraussehen: die Teuerung trat bald ein, Vorzeichen der „Hungersnot".

Das Brot, die Kartoffeln, die trockenen Gemüse, jene notwendigen und unentbehrlichen Nahrungsmittel der armen Bevölkerung, wurden zu ungeheuer hohen Preisen verkauft; ein Hektoliter Korn stieg von 15—20 frcs. auf 50—60 frcs; ein Sack Kartoffeln von 2—3 frcs. auf 14—15 frcs. Das Elsaß litt erheblich unter dieser Lebensmittelverteuerung, und der harte Winter vergrößerte das Elend noch.

Die Regierung, die Stadtverwaltungen und die Dorfgemeinden mußten der Not zu steuern suchen. Auch für die private Wohltätigkeit eröffnete sich ein großes Arbeitsfeld. Straßburg bewilligte 60 000 frcs. zur Vergebung von Notstandsarbeiten an über 1000 Arbeitslose, die aus einer öffentlichen Sammlung fließenden Gelder (an 40 000 frcs.) wurden zu demselben Zwecke verausgabt; weitere 20 000 wurden bewilligt, um den Armen das Brot zu billigeren Preisen zugänglich zu machen[1]. Alle finanziell besser gestellten Gemeinden bewilligten hohe Summen zur Unterstützung der Armen; vielerorts wurden Suppenanstalten (Services de Soupes économiques) gegründet, wo Suppen-

[1] Vgl. hierüber, sowie über die gesamten Verhältnisse, die Spezialberichte, welche der Präfekt de Sers in der Angelegenheit der Wirtschaftskrisis nach Paris sandte. B. A. Str. Police générale, 1841—1848, Berichte des Jahres 1847.

portionen zu 13 oder 15 centimes oder auch gratis verausgabt wurden. Ateliers de Charité wurden in vielen Gemeinden ins Leben gerufen. Man beschleunigte die Vergebung öffentlicher Arbeiten für die Regierung und Städte, um die Arbeiter zu beschäftigen und den bösen Folgen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Für das obere Elsaß bezeichnete der Glaneur du Haut-Rhin[1] die Ausgaben wie folgt:

Arrondissement	Ateliers de charité	Secours	
Colmar	123 029	16 091	
Altkirch	36 541	16 050	
Belfort	90 555	13 103	
	Totaux 250 125	45 244	295 369
		du Ministère	75 350
		Somme totale	370 719 frs.[2]

Daß der Glaneur diese Berechnung aufstellte, deutet gleichzeitig an, daß an eine demagogische Ausnutzung der Krisis durch den Sozialismus nicht gedacht wurde.

Der lange Winter 1846/47 bewies einmal mehr, daß das elsässische Volk auch in den drückendsten Lagen kaum von den Bahnen ruhiger Entwickelung abweicht. Auf die Bauern war dabei natürlich von vornherein noch größerer Verlaß als auf die Fabrikarbeiter. Deshalb wehrte die Regierung auch mehr der Not in den Städten, als auf dem Lande. Wo die höhere staatsmännische Weisheit in dem Kult der Ruhe sich konzentrierte, war dies Handeln nur gerechtfertigt. Auf den Erfolg mochte die Regierung stolz sein. Nach Überwindung der größten Schwierigkeiten, als schon die Ernteaussichten wieder günstiger genannt werden konnten, schrieb der Präfekt des Niederrheins: „Man hat gesehen, wie die Regierung mit der größten Fürsorge für die Armen eintrat, wie sie der privaten Wohltätigkeit und den Gemeindeverwaltungen die Hand bot, um gegen das Elend zu kämpfen. So konnten hier Konflikte vermieden werden, wie sie sich in anderen Teilen Frankreichs und in fast allen Ländern Europas ereignet haben. Während jeder Bote aus Deutschland die traurigsten Nachrichten überbrachte und Volksaufstände anzeigte, gab das Elsaß trotz der verzweifelten Notlage das Beispiel einer Ruhe und einer Ergebung, die unserer elsässischen Bevölkerung alle Ehre machte[2]."

[1] Glaneur du Haut-Rhin, 14. März 1847, Nr. 11.

[2] B. A. Str. Police générale, 1841—1848. Präfekturbericht vom April 1847.

Nur im Ober-Elsaß wurde die Ruhe einen Augenblick gestört. Am 14. Mai 1847 stand der Durchschnittspreis von 1 Hektoliter Korn noch auf 49 frcs.; anfangs Juni war er bereits auf 25 frcs. herabgesunken, und doch blieb das Brot sehr teuer. Die Arbeiterbevölkerung von Mülhausen, Thann, Gebweiler wurde deshalb unruhig, am 26. Juni in Mülhausen, tags darauf in den beiden anderen Industriezentren[1]. Aber die Regierung, unterstützt von der Militärverwaltung, unterdrückte ohne Mühe die kleinen Unruhen[2].

Der Agrarkrisis war inzwischen eine heftige Industriekrisis gefolgt. Im März 1847 meldete der Präfekt in einem Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage im Elsaß: „Pendant tout le premier trimestre de 1847 il y a eu stagnation complète dans l'industrie cotonnière pour la laine également stagnation — point d'acheteurs pendant qu'en Allemagne l'industrie de la laine fleurit."[3] Ein ähnliches Klagelied stimmte der Industriel alsacien für das ganze Jahr 1847 in seinen Industrieberichten an.

Im Ober-Elsaß wurden anfangs 1848 aus Anlaß eines Lohnabzuges einige Arbeiterumzüge veranstaltet.[4] Sie standen zwar in keinerlei Beziehung zu den politischen Ereignissen, konnten aber immerhin schon als symptomatische Erscheinungen einer politisch erregter werdenden Zeit angesehen werden.

Denn um dieselbe Zeit nahm auch die in der liberal-radikalen Partei verkörperte politisch regsame mittlere Bourgeoisie die Fahne der Opposition mit erneuter Energie auf, um in der Gefolgschaft der in Paris schärfer einsetzenden parlamentarischen Opposition zu einem neuen Ansturm auf den von der Regierung zäh verteidigten Wahlrechtssturm des Zensus überzugehen.

Am 8. August 1847, kaum ein Monat nach dem ersten Pariser Bankett, wurde in Colmar von 250 Wählern ein Bankett zu Gunsten der Wahlrechtsreform veranstaltet. Den Vorsitz führte Rossée, erster Präsident des Appellationsgerichtshofes. Jgn. Chauffour, Carl Gérard, Rob. Yves, ebenfalls Mitglieder dieses hohen Gerichtshofes, nahmen daran teil, neben ihnen ihr Freund, der Phalansterianer Dr. Jaenger. Das war schon ein außergewöhnlicher Erfolg für die liberal-radikale Opposition, daß ein so hoher Beamter wie Rossée, trotz der Ein-

---

[1] Glaneur du Haut-Rhin, 4. Juli 1847, Nr. 27.

[2] B. A. Str. Police générale, Korrespondenz zwischen den beiden rheinischen Präfekten bezüglich der Unordnung in Mülhausen (1847).

[3] Vgl. B. A. Str. M, Police générale, 1841—1848. Präfekturbericht vom 30. März 1847.

[4] Vgl. N. K., 24. Februar 1848 Nr. 40.

schüchterungsversuche der Regierung, sich auf die Seite der Opposition schlug und in aller Öffentlichkeit seine Unzufriedenheit mit dem Régime dokumentierte. Radikaler Unabhängigkeitssinn gegenüber einer feindlichen Regierung charakterisierte diese Kundgebung der Colmarer Bourgeoisie [1].

Bald darauf, am 15. September, veranstaltete Straßburg ein Bankett. Der Präfekt berichtete darüber: „Die alte radikale Partei von Straßburg hat die allgemeine Reformbewegung als einen Vorwand erfaßt, um ein Lebenszeichen von sich zu geben. Es ist ihr gelungen, 500 600 Teilnehmer zu gewinnen, welche sie in den niedrigsten Kreisen der Gewerbetreibenden suchen mußte, nachdem ihr Versuch gescheitert war, die fortschrittlichen Elemente unter den Konservativen zu einer bedeutungsvollen Demonstration zu bringen. Charakteristisch war die Abwesenheit der Beamtenwelt; auch die Regierungspartei (le parti gouvernemental) war nicht vertreten; die heftigen Reden, die erkünstelte Begeisterung der Teilnehmer fanden nur ein geringes Echo im Volke. Während des radikalen Festes war keine besondere Bewegung in der Stadt, vielmehr allgemeine Gleichgültigkeit der Bevölkerung. Wenn ich auch behaupte, daß der Erfolg dieser Veranstaltung sehr gering war, so kann ich nicht behaupten, daß die Ruhe wieder in die Geister eingekehrt ist. Ja, die Opposition hofft sogar, das verlorene Terrain wieder zurückzugewinnen und bei den neuen Wahlen ihre Revanche zu nehmen."

Die Tendenz des Berichtes tritt klar zu Tage. Ein anderer Bericht in der Presse spricht von über 700 Teilnehmern, von Deputationen aus Colmar, Mülhausen, Markirch, Rappoltsweiler, Schlettstadt usw. Auch Konservative legitimistischer Färbung wie z. B. de Bancalis (Gerstheim) wohnten dem Bankette bei. Tischreden gegen die Korruption des Regierungssystems wechselten mit solchen gegen das bestehende Wahlrecht.

Mit Beginn des Jahres 1848 eröffneten die liberalen Blätter eine heftige Agitation gegen die Regierung und gegen die elsässischen konservativen Abgeordneten [2]. In der Liste der 225 Deputierten, welche sich bei der Abstimmung über eine Korruptionsaffäre auf seiten der Regierung gestellt hatten, standen alle sechs unterelsässischen Abgeordneten. Daraufhin sah sich der Niederrheinische Kurier am 26. Januar 1848 veranlaßt, in aller Form für das ganze Elsaß gegen die Schlußfolgerung zu protestieren, als ob das Elsaß mit der Regierung zufrieden sei. Schon

[1] Ueber die Bankettbewegung kurz nach den Zeitungsberichten Staeling, Bd. I, 1. Vgl. auch B. A. Str. M, Police générale, 1841—1848. Präfekturbericht vom September 1847.

[2] Vgl. über das Folgende besonders die Januar- und Februarnummern des Niederrheinischen Kuriers.

erblickte das Blatt die Revolution drohend im Hintergrund und sehnte sie herbei als Erlösung aus der Korruption, als Befreiung von dem verhaßten Régime. Jeden Tag mehrten sich im Niederrheinischen Kurier wie im Elsässer Kurier die Anspielungen auf die Juliereignisse des Jahres 1830. In der großen Pariser Reformbankettfrage — dem direkten Anlaß zur Revolution — verurteilten die elsässischen Liberalen durch ihre Organe die Nachgiebigkeit der Abgeordneten, verlangten von ihnen eine Demonstration oder eine Massendemission, drängten zur Entschiedenheit, zur Entscheidung, zur Revolution.

Die Stimmung war in liberal-radikalen Kreisen gereizt. Als am 19. Februar 1848 ein Straßburger Abgeordneter auf Urlaub in seine Heimatstadt zurückkehrte, wurde er von einer lärmenden Menge mit Pfeifen, Schreien und Rufen: „Nieder mit den Zufriedenen! Nieder mit Guizot! Nieder mit den Dienern der Fremden!" begrüßt. Der Polizeikommissar Pfister mahnte die Menge zur Ruhe. Man gab ihm zur Antwort, man wolle keine Unruhe stiften, die Demonstration hätte ihren Zweck erreicht. Darauf begab sich die Menge vor das Haus des liberalen Führers, Lichtenberger, stimmte hier die Marseillaise an und schrie ohne Unterlaß: „Es lebe die Opposition! Nieder mit den Zufriedenen!" Vor der Wohnung des Abgeordneten Humann erging sich die Menge in Pfeifen und Schreien. „Die Straßburger Bevölkerung ist sicher nicht so zufrieden mit ihren Abgeordneten, als diese es sind mit dem herrschenden Regierungssystem", so glossierte der Niederrheinische Kurier die Demonstration. Einige Tage darauf, Dienstag, den 22. Februar, als in Paris die Wogen der Revolution schon höher gingen, ohne daß man im Elsaß davon wußte, fand eine neue lärmende Kundgebung statt. Sie verlief in ziemlich großer Unruhe, so daß selbst der Niederrheinische Kurier sich veranlaßt sah, gegen derlei Demonstrationen zu protestieren. Da die Zeitung im allgemeinen eine treue Anbeterin des Erfolges war, kann man daraus wohl schließen, daß diese zweite Kundgebung nicht so glücklich verlief, wie man erwartet hatte. Der Bürgermeister ließ in der Stadt Plakate anbringen, worin er mit scharfen Maßregeln drohte[1].

Daß auch andere als die zunächst an den Unruhen interessierten Politiker anfingen, sorgenvoll in die Zukunft zu schauen, beweisen wohl folgende ahnungsreichen Auslassungen:[2]

„La discussion sur l'adresse se traîne en d'interminables longueurs et comme dans toutes les sessions précédentes, les

[1] V. A. Str. M, Police Politique, 1841—1848, Aufruf Schützenbergers. Vgl. auch N. K. 20. 2. 1848. Vgl. auch Paris Archives Nationales B B, 30, 360. Vgl. auch Anhang, Anlage Nr. 3.

[2] L'Union Alsacienne, Nr. 4, Livraison de février 1848.

séances s'écoulent en de vains et d'oisifs débats, en de mesquines querelles de parti, en de stériles disputes de portefeuille. Les intérêts de la France sont ce dont le parlement paraît se préoccuper le moins et cependant jamais peut-être la situation ne fut aussi grave et l'avenir aussi menaçant. Sans doute le pays est tranquille, sans doute l'horizon politique s'est pour un instant éclairci; mais que l'on ne s'y fie pas. De même qu'à l'approche d'un orage, les vents se taisent, qu'un silence de mort plane sur les campagnes, ce calme qui règne à la surface de la société pourrait bien être le précurseur de la tempête. Partout autour de nous, au dedans comme au dehors, il y a comme de vagues indices d'une commotion politique. On sent que l'air est agité d'un souffle revolutionnaire, un instinct confus de péril tient tous les esprits dans l'inquiétude et nul ne pourrait avec certitude indiquer de quel côté viendra le danger, s'il menace la royauté ou s'il s'étendra sur la société toute entière.

Au dedans c'est d'une part l'opiniâtre résistance d'un ministère à accorder aucune des réformes tant sollicitées, ce sont ces révélations incessantes d'une corruption qui déshonore notre époque, c'est cette agitation sourde fomentée par le radicalisme développée dans les banquets politiques, c'est le communisme, ce sont ces mille et une sectes qui toutes proclament que le but de la société est de rechercher le bonheur matériel et qui aiguisent ainsi dans tous les cœurs des désirs qu'ils n'apaiseront jamais. Au dehors d'un côté les peuples sont révoltés contre les rois, le despotisme lutte contre la liberté, le droit avec la force; de l'autre la licence se cache sous le voile de la légalité, l'oppression emprunte le masque de la démocratie et l'intolérance religieuse, la bible à la main, menace le catholicisme dans ses dogmes et dans son indépendance ....."

Wie weit die unruhige Stimmung vor den Februarereigniſſen im Lande um ſich griff, iſt im einzelnen nicht nachzuweiſen. Für die innere Loslöſung der Bevölkerung von der Juli-Monarchie waren jedenfalls auch im Elſaß durch die Geſamtheit der wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe ſoviel Motive zunächſt geliefert, daß die Nachricht vom Ausbruch der Revolution ſicher nicht zunächſt zu einer pietätvollen Rückſchau auf die Zeiten Ludwig-Philipps Anlaß geben konnte. Das niedere Volk neigte immer mehr zu der neuen Praxis, ſeine Sympathie für eine Regierung faſt ausſchließlich von der Befriedigung wirtſchaftlicher Bedürfniſſe abhängig zu machen; die mittlere Bourgeoiſie ſtand im Banne des

radikalen Liberalismus, der gerade jetzt wieder gegen die reaktionäre Monarchie ankämpfte; der Klerus hielt sich zur Seite.

Wenn deshalb im Elsaß der Sturz der Juli-Monarchie auch nicht vorbereitet wurde, wenn auch nur von den allerwenigsten die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer so radikalen Änderung ins Auge gefaßt wurde, so war der elsässische Boden, ehe sie eintrat, doch nicht unempfänglich für die Aufnahme einer neuen Saat, auch wenn revolutionäre Hände sie ausstreuen sollten.

Anlage Nr. 1.

Enquête industrielle et agricole. — Canton de Bouxwiller.

Pétition de M. Ch. Henri Schattenmann,

directeur des mines de Bouxwiller, membre du Conseil général du Bas-Rhin.

Question des ouvriers. — Droits et Devoirs du gouvernement. Institutions à créer.

Aux citoyens Représentants et Membres de l'Assemblée nationale. Citoyens Représentants!

La question des ouvriers ou des travailleurs n'est pas nouvelle. Elle s'agite en France depuis longtemps et surtout depuis l'accroissement rapide de la population et l'extension extraordinaire qu'a prise l'industrie. Tout le monde a été frappé de la surabondance des bras et de l'accumulation des ouvriers dans les grands centres industriels et tous les hommes philantropes et éclairés ont recherché les moyens de remédier aux inconvénients de ce nouvel ordre de choses qui a pris de grands développements en France et chez presque toutes les autres nations de l'Europe.

Lorsque les hommes pratiques se sont occupés à venir en aide à la classe ouvrière, différentes sectes telles que les St. Simoniens, les Fourièristes, les Phalanstériens et en dernier lieu les socialistes ont produit les théories les plus téméraires en proposant de bouleverser hardiment l'ordre social contrairement à toute règle de prudence et d'expérience de tous les temps.

En 1842 au congrès scientifique de Strasbourg la question suivante a été posée: « Par quel moyen législatif ou autre peut-on faire cesser l'isolement dans lequel se trouvent les ouvriers, les attacher aux grands établissements industriels comme le propriétaire est attaché au sol et contribuer à leur amélioration sociale. »

Dans la discussion de cette question à la 4e section du congrès scientifique les membres qui en faisaient partie se sont partagés en deux camps. D'un côté se trouvaient les hommes pratiques qui recherchèrent sérieusement l'amélioration du sort de la classe ouvrière, de l'autre les partisans des théories de St. Simon et de Fourier dont les principaux partisans sont

venus développer leurs théories qui peuvent se résumer en ce peu de mots: l'ordre de choses actuelles est imparfait, il ne faut pas hésiter à le changer radicalement. L'un de ces organes est même allé jusqu'à dire que toute théorie vraie est susceptible d'un application pratique et qu'il est ainsi rationnel de commencer par établir la théorie pour ne s'occuper qu'après des moyens pratiques.

C'est absolument ce qu'a fait M. Louis Blanc et malheureusement sous le patronage du Gouvernement provisoire qui avait déclaré solennellement que le gouvernement devait à l'ouvrier du travail suffisamment rétribué et qu'ainsi il fallait abandonner le système détestable et antisocial de la libre concurrence et créer un ordre de choses nouvelles, diamétralement opposé à celui existant qui est consacré par l'expérience de tous les temps.

J'ai repoussé ces théories dans un discours du 3 octobre 1842 dont je joins un exemplaire.

J'ai déclaré fausse l'argumentation que toute théorie vraie est toujours susceptible d'une application pratique. En effet, on a toujours admis qu'il y avait des théories spéculatives et abstraites et des théories susceptibles d'une application pratique.

Dans mon argumentation j'ai suivi un principe entièrement opposé à celui des théoristes en commençant par scruter notre état social pour n'examiner qu'après les moyens de remédier aux maux dont les sociétés humaines sont affligées.

J'ai dit aux partisans du Phalanstère: vous êtes assez nombreux pour vous réunir et former un établissement et lorsque vous l'aurez créé et fait prospérer, que vous aurez démontré par la pratique l'exactitude de vos théories, vous aurez le droit d'en proposer l'application à la société toute entière, mais jusque là, elle doit repousser comme dangereuses vos théories abstraites.

J'opposerai un argument semblable aux théories plus téméraires encore que M. Louis Blanc a prêché le lendemain d'une révolution et dans lesquelles on s'est malheureusement engagé en créant les ateliers nationaux. Je proposerai que le gouvernement donne à M. Louis Blanc un ou plusieurs millions pour expérimenter pratiquement des théories par la création de quelques établissements modèles, qu'il pourra faire diriger par des ingénieurs et d'autres hommes de son choix, puisqu'il a eu l'adresse de dire, que lui n'est que le penseur et non l'homme

d'exécution. Ainsi en laissant au penseur le choix des hommes et des moyens d'exécution, il doit accepter l'épreuve pratique de ses théories et se reconnaître vainqueur ou vaincu s'il triomphe ou s'il échoue.

La déclaration du Gouvernement Provisoire que la République devait un travail convenablement rétribué à tout ouvrier a causé autant de surprise que d'effroi à tout homme éclairé et pratique.

Je n'ai pas été moins douloureusement affecté pour ma part en lisant dans le projet de constitution art. 7: „Le droit au travail est celui qu'a tout homme de vivre en travaillant; la société doit par les moyens productifs et généraux dont elle dispose et qui seront organisés ultérieurement, fournir du travail aux hommes valides qui ne peuvent s'en procurer autrement", et dans l'art. 132: „Les garanties essentielles du travail sont: la liberté des rapports entre le patron et l'ouvrier, l'enseignement gratuit, l'éducation professionnelle, les institutions de prévoyance et de crédit et l'établissement par l'état de grands travaux d'utilité publique destinés à employer en cas de chômage les bras inoccupés."

Ces articles contiennent la promesse formelle de la part du gouvernement de fournir du travail aux hommes valides qui ne peuvent s'en procurer autrement.

Il y a ici deux questions fondamentales à examiner.

1.) Le gouvernement a-t-il mission d'après les principes du pacte social de donner *directement* du travail aux ouvriers?
2.) Est-il en sa puissance de réaliser pareille promesse?

Quand les hommes se sont constitués en sociétés, ils ont sacrifié une portion de leur liberté en retour de l'avantage que leur présentent les rapports sociaux et l'existence d'un gouvernement chargé de protéger les personnes et les propriétés et de régir la société conformément à des intérêts généraux. Tous les membres de la société ont encore pris l'engagement de se soumettre au gouvernement légalement constitué et de contribuer aux dépenses qu'exigent l'administration, la défense du territoire et les intérêts de la société.

Voilà les principes régissant les sociétés modernes qui constituent les nations civilisées actuelles. La liberté, l'égalité et la fraternité sont parfaitement applicables aux sociétés constitutionnelles formant corps de nation.

La liberté veut que chacun soit protégé dans sa personne,

dans sa propriété et dans tous ses droits. L'égalité exige la même justice pour tous, elle n'exclut pas une contribution proportionnelle à la fortune pour subvenir aux charges de l'état, mais elle ne permet pas de grever des membres de la société au profit d'autres membres ni d'accorder certains privilèges.

La fraternité, dogme fondamental du christianisme, veut que les citoyens s'aiment et s'entr'aident, mais ce serait une singulière fraternité que celle qui permettrait à certains membres de la société le droit d'imposer aux autres citoyens des conditions de travail et de salaire.

Il n'y a pas dans une République ou dans une société constitutionnelle de classe privilégiée. Tous les citoyens sont égaux devant la loi et ont droit à tous les emplois. Il n'y a ni classe riche ni classe pauvre, bourgeois ou ouvrier, il n'y a que des citoyens égaux qui s'élèvent ou qui déchoient selon leur mérite et selon leur conduite.

Il me parait donc évident que le gouvernement s'écarterait entièrement de sa mission sociale s'il promettait du travail aux ouvriers qui en manquent et s'il se chargeait d'en règler les conditions. En assurant du travail le gouvernement se constituerait nécessairement producteur. Ce serait là une atteinte grave et fondamentale au poste social qui ne permet pas que le gouvernement avec mission de protéger tous les intérêts et de faire les règlements généraux, devienne concurrent des membres de l'association même, qu'il est chargé de diriger. Un gouvernement producteur serait entraîné à devenir un gouvernement monopoleur et cette conséquence immanquable démontre jusqu'à l'évidence dans quelles aberrations il se laisserait entraîner en devenant agriculteur, industriel, commerçant. Cette thèse n'a pas besoin de développement; car tout le monde comprend qu'un gouvernement monopoleur détruirait tout principe de liberté et conduirait la société rapidement à sa ruine.

Si le gouvernement ne peut donc être producteur, comment peut-il promettre du travail bien rétribué aux ouvriers? Ceux-ci d'ailleurs ne manqueraient pas de se présenter en masse, car la France et tous les autres pays surabondent de bras et le travail qui est fréquemment insuffisant chez les particuliers manquerait à plus forte raison au gouvernement qui n'a même pas de fonds à affecter à ces sortes de dépenses.

Lorsqu'il se présenterait plus d'ouvriers qu'il n'y a de travail que ferait alors le gouvernement? Donnerait-il de l'ou-

vrage aux uns pour le refuser aux autres? Contrairement à l'égalité; ou paierait-il des ouvriers qui ne travaillent pas? Dans ce dernier cas l'affluence ne pourrait manquer de devenir immense, le travail utile chez les particuliers serait abandonné, comme cela est arrivé avec les ateliers nationaux et il ne saurait en être autrement, car ces résultats sont la conséquence naturelle du faux principe que le gouvernement doit du travail aux ouvriers.

Le Gouvernement doit sans doute favoriser le travail par des travaux d'utilité publique, mais qu'il ne fait que payer, parce qu'ils ont lieu par voie d'entreprises; la somme de ces travaux est cependant fort peu de chose en les comparant aux travaux de l'agriculture. Il en résulte que les travaux du gouvernement n'ont qu'une faible importance et que le gouvernement doit favoriser le développement des trauvaux par de bonnes lois économiques et par les encouragements qu'il donne aux établissements de crédit et aux entreprises utiles.

Les Gouvernements fondés sur la souveraineté du peuple, sur la liberté et l'égalité sont essentiellement propres à favoriser le développement de toutes les facultés humaines et le perfectionnement de l'ordre social. Il faut toujours tendre vers les progrès et l'amélioration de la condition sociale, mais il ne faut pas se dissimuler que d'après les lois divines et humaines qui régissent la terre, nous vivons dans un monde essentiellement imparfait. L'homme sera toujours condamné à gagner son pain à la sueur de son front et la société humaine sera toujours affligée de misères. Dans certaines circonstances la somme de ces misères sera tellement grande que les hommes seront impuissants d'y parer et qu'ils ne pourront arriver qu'à atténuer le mal. L'homme qui dans sa présomption croirait pouvoir changer l'ordre social, réformer le monde et réglementer les événements par des doctrines abstraites, serait donc bien téméraire.

N'y aurait-il pas de raison à se refuser de tenir compte d'un ordre de choses consacrées par l'immensité des siècles et de vouloir s'affranchir de la condition humaine.

Voyons maintenant comment la société est constituée, comment elle vit et se perpétue.

La société est basée sur la famille dont l'intérêt est le mobile principal qui crée et conserve la fortune. La richesse et l'ordre public n'ont pas d'autre garantie; la collection des fortunes privées ne constitue-t-elle pas la fortune publique?

Ces principes d'une vérité incontestable montrent encore que le gouvernement doit s'abstenir d'intervenir dans les affaires qui sont du domaine privé et qu'il ne saurait assurer du travail à certaines classes de la société, car chaque famille sait seule convenablement trouver des moyens d'existence et régler l'ordre des affaires. Le gouvernement ne peut donc s'en mêler directement sans se créer des embarras inextricables.

L'esprit de famille n'exclut pas l'association pour certaines entreprises ou pour certains travaux. Lorsqu'il y a intérêt commun, concours de personnes et de capitaux pour une affaire spéciale, les résultats en reviennent toujours à la famille.

Les Phalanstériens et les Fouriéristes y ont prouvé l'économie de la vie commune et y ont vu un remède efficace aux maux de la société. Si la vie commune a des avantages, elle a aussi des inconvénients en ce qui concerne la direction et le concours des associés, mais je n'hésite pas à soutenir que l'esprit de famille est supérieur à l'esprit de l'association pour la vie commune, parce que l'esprit de la famille est fondé sur des liens du sang et sur les préceptes de la religion directement. La famille offre d'ailleurs des garanties de moralité qu'aucune autre institution humaine ne pourra jamais donner.

Comment la famille résiste-t-elle aux revers qui frappent les sociétés humaines?

La famille bien gouvernée fait des efforts inouis pour acquérir et conserver et elle pare avec les économies qu'elle fait en temps prospère aux calamités qui viennent la trouver. La richesse même n'a pas d'autre élément que les efforts et l'esprit d'économie du chef de famille. Il n'est pas rare de voir tomber dans la misère l'enfant du riche lorsqu'il cesse d'être laborieux et économe. Quand il est exposé à mourir de faim, que fait pour lui la société? Elle le secoure, mais elle lui laisse le soin de regagner une meilleure position.

Quelle est la manière d'être et de vivre de la classe ouvrière surtout de celle qui se trouve agglomérée dans les grands centres de population et d'industrie ?

Ces ouvriers gagnent généralement dans les temps prospères des salaires assez considérables qui leur permettraient de faire des économies et de se créer des ressources pour les mauvais jours. Mais le plus grand nombre de ces ouvriers sont dans l'habitude de dépenser tout ce qu'ils gagnent et même de faire d'autant moins d'économies que leur salaire est plus

élevé. Lorsque le travail vient à manquer, ces ouvriers sont dans la misère et souvent dépourvus des moyens d'existence nécessaires pour eux et pour leur famille. Il faut alors venir à leur secours, parce que la société d'après les lois divines et humaines ne peut laisser mourir de faim aucun de ses membres. C'est un devoir sacré qu'il faut proclamer hautement.

Dans les petites localités la bienfaisance privée et les établissements publics suffisent ordinairement pour subvenir aux besoins les plus indispensables des nécessiteux de la commune. Mais il n'en est pas de même dans les grands centres de population et d'industrie où les subventions du gouvernement sont souvent nécessaires.

Je reconnais encore le droit et le devoir du gouvernement d'accorder ces subventions, mais je lui conteste le droit d'une intervention directe à l'égard du nécessiteux qui ne peut rien recevoir de sa main sous peine de faire dévier le gouvernement de sa mission et de l'entraîner dans des embarras inextricables; car dès que le gouvernement intervient directement, il y a désordre et chaque nécessiteux a un droit égal à des secours de sa main.

Les secours aux pauvres et aux nécessiteux momentanés sont communaux de leur nature. La commune doit tout d'abord user de ses propres ressources; puis dans des cas exceptionnels elle a droit à une subvention. La commune peut seule connaître des pauvres et des nécessiteux et elle seule peut régler les secours d'une manière convenable.

En attribuant les secours aux pauvres et aux nécessiteux momentanés aux communes, il devient facile de les régler avec ordre et de satisfaire aux nécessités de tous les temps, surtout en organisant bien ces secours et en créant des réserves dans un esprit de prévoyance.

Je n'ai pas attendu l'avénement de la République pour m'occuper du sort des ouvriers et pour leur faire toute la somme de bien qu'il m'a été donné de réaliser dans la position où je me suis trouvé, dans la limite des conditions de la nature humaine.

J'ai mûrement médité dans ma longue carrière industrielle sur les moyens d'atténuer les malheurs qui accablent les classes ouvrières dans les temps de crise qui se présentent périodiquement dans l'industrie et d'une manière plus cruelle encore depuis que celle-ci a pris de si grands développements

en France et dans les autres pays de l'Europe. La lutte devient chaque jour plus acharnée et plus terrible et chaque gouvernement a pour devoir de faciliter à ses nationaux par de bonnes lois économiques une production à bon marché, afin de pouvoir soutenir la lutte avec d'autant plus d'avantage sur les marchés libres de l'étranger.

Sous ce rapport il faut reconnaître qu'il reste beaucoup à faire en France où des prohibitions et des droits excessifs ont développé outre mesure certaines industries qui produisent à prix élevés et qui se trouvent par cela même hors d'état de vendre leurs produits à l'étranger lorsque la consommation intérieure ne leur présente plus de débouché suffisant.

De bonnes lois économiques qui dégrèveront les objets de première nécessité, favoriseront le développement de l'agriculture, de l'industrie, du commerce, donneront des voies de transport plus économiques, rendront l'argent plus abondant et diminueront le taux de l'intérêt, accroîtront infailliblement la prospérité publique et amélioreront le sort de la classe ouvrière; mais l'effet de ces mesures qu'on ne peut pas précipiter ne sera que succesif et on se ferait illusion si on y voyait un remède radical à la situation fâcheuse des travailleurs.

Cette situation doit être changée dans l'intérêt même des ouvriers et dans celui de la société, pour laquelle elle présente de grands dangers.

Mon opinion à cet égard était arrêtée en 1842, où je l'ai consigné dans mon discours déjà cité du 3 octobre tenu dans la 4ème section du congrès scientifique de Strasbourg. Cette opinion n'a fait que se fortifier depuis et les événements de ces derniers temps m'ont convaincu que le gouvernement doit se hâter de réaliser la mesure que j'ai proposée et qui repose sur un principe fort simple et d'exécution facile.

Les calamités qui affligent périodiquement les classes ouvrières sont dues en grande partie à l'imprévoyance de celles-ci. Si l'ouvrier et principalement celui des grands centres de population et d'industrie économisait une partie des salaires considérables qu'il gagne dans les temps prospérés, il aurait une réserve suffisante pour les temps de crise et sa condition serait aussi bonne que celle des autres classes de la société qui ne s'enrichissent et ne parent aux temps calamiteux que par l'esprit d'ordre et d'économie et de prévoyance. Mais

puisque beaucoup d'ouvriers n'ont pas d'esprit de prévoyance et d'économie, le gouvernement a le droit et même le devoir de créer des institutions pour le dépôt volontaire de réserves et le dépôt forcé dans de certaines conditions.

J'ai développé ce moyen dans mon discours déjà en question et qui consiste à décréter des caisses de réserves des ouvriers pour les grands établissents industriels et même pour les villes. Pour donner à cette institution de la stabilité et assurer son avenir il faut la placer dans les regimes des établissements communaux et lui donner ainsi une administration régulière.

Une caisse de secours et de réserves pour chaque grand établissement aurait des avantages, mais quand l'établissement viendrait à s'étendre, l'institution communale hériterait de cette caisse et de ces obligations.

Je pense qu'une retenue forcée de 5% sur les salaires et un concours de 5% des bénéfices nets du fabricant suffiraient pour couvrir les secours néccesaires à donner aux ouvriers pendant les mauvais jours. Ces établissements pourraient d'ailleurs être subventionnés par la commune, le département et l'état, afin de créer des réserves suffisantes pour parer aux événements.

Des subventions données de cette manière pourraient recevoir application régulière et devenir efficaces, elles auraient le grand avantage de mettre le gouvernement directement hors de cause et de laisser à chaque localité le soin de pourvoir aux nécessités locales.

Je crois pouvoir me dispenser de discuter la constitution des caisses de secours et de réserve et d'entrer dans tous les détails du mécanisme de ces sortes d'établissements qui sont analogues.

Salut et respect!

gez. *Schattemann.*

Bouxwiller, le 10 juillet 1848.

Anlage Nr. 2.

Zur Gründung der am 19. November 1846 erschienenen katholischen Zeitung le Progrès.

Profession de foi.

Au moment de descendre dans l'arène politique et de prendre rang parmi les défenseurs des intérêts du pays, nous nous devons, nous devons à ceux qui nous ont prêté leur appui et promis leur concours, d'exposer nos principes . . .

Le pouvoir constitué est l'expression de la Société, qui le renouvelle et le fortifie sans cesse au moyen de l'élection: c'est dire que son essence est le Progrès et qu'il doit observer et suivre la marche des idées et des besoins qui se révèlent au sein de la nation, sans les devancer par une course trop rapide sans en retenir l'élan par d'inutiles et fâcheuses résistances. Mais le Progrès n'est pas dans les exagérations des partis; un gouvernement sage ne se laissera pas étourdir par de vaines clameurs et il résistera à toutes les exigences qui l'entraîneraient loin du but qu'il se propose. Le pouvoir a besoin de force, comme la nation a besoin de garantie. Un pays abandonné sans défense au caprice de ses gouvernements succomberait bientôt sous le poids de la tyrannie, de même que le flot populaire romprait ses digues et dévasterait ses bords du jour où de salutaires obstacles ne régleraient plus son cours.

La Presse doit veiller avec sollicitude et bienveillance sur cette action mutuelle; elle doit une égale attention aux intérêts du gouvernement et aux droits sacrés du peuple. Elle est le juge impartial, mais souvent sévère des uns et des autres et par la fermeté et la dignité de son langage elle combat et réprime toute attaque funeste à l'ordre et à la liberté . . . .

La mission que nous avons acceptée nous impose un double devoir. Nous avons avant tout à faire connaître les faits qui ont un intérêt général et ceux qui s'accomplissent dans notre pays; nous tiendrons nos lecteurs au courant des débats politiques, en même temps que nous nous appliquerons à ne leur laisser ignorer aucune des nouvelles ou des découvertes qui peuvent avoir de l'importance pour l'agriculture, le commerce et la prospérité de notre belle Alsace.

Nous examinerons avec une entière indépendance les actes du gouvernement et ceux de l'administration; nos discussions

ne seront étrangères à aucun des intérêts de la patrie; mais nous croyons qu'à cet égard la presse du département ne peut être qu'un écho affaibli des luttes politiques de la capitale. Nous les ferons connaître en les analysant, nous les jugerons même, en laissant à l'appréciation de nos lecteurs la plus forte partie de cette tâche. Surtout nous éviterons la polémique violente et passionée qui s'attaque aux personnes, qui ne voit dans les actes les plus honorables qu'une rébellion au pouvoir ou une servile adhésion et qui s'impose à la conscience d'autrui . . . .

Nous sommes dynastiques par dévouement et par conviction; par conviction parce que nous ne reconnaissons comme légitime que le gouvernement qui est fondé par la nation et pour la nation; par dévouement parce que si les circonstances l'ont quelquefois arrêté dans sa marche, il nous est démontré en même temps que l'opposition eût été impuissante à améliorer la situation.

Le gouvernement a assuré la confiance et la paix au dedans comme au dehors; il a consolidé le crédit public, soutenu le travail national, en un mot il a résolu le problème si difficile de l'alliance de l'ordre avec la liberté.

L'opposition au contraire renfermée dans le cercle étroit de son vieux programme n'a point aidé au progrès des idées, elle ne l'a pas compris et dans l'impasse où l'isolent ses stériles théories politiques, elle est restée étrangère aux efforts qu'ont fait les hommes éclairés pour améliorer l'ordre social.

Si le ministère désormais sûr de sa victoire et n'ayant plus à redouter la lutte des ambitions personnelles s'efforce par une marche prudente et modérée de vivifier et de féconder nos institutions notre concours lui sera acquis; nous le combattrions avec énergie, si, restant stationnaire ou si, prenant la résistance pour une vertu, il affectait des tendances rétrogrades. —

L'agriculture et l'industrie concourent également au bien-être de l'Alsace; nous chercherons toujours à concilier leurs intérêts et à multiplier leurs points de contact. Nous étudierons la question du libre échange et nous la traiterons avec toute la réserve que demande un fait social aussi grave sans nous égarer dans des utopies dont le temps n'a pas encore éprouvé la valeur nous nous occuperons d'adoucir par tous les moyens possibles les souffrances des pauvres.

Religieux par conviction nous respecterons toujours la foi

et le culte de tous nos frères; jamais il ne sortira de notre plume un mot qui pourra inquiéter leur conscience. Nous n'entrerons jamais dans le temple ni dans la synagogue.

signé: *L. W. Ravenez.*

Anlage Nr. 3.

Paris, Archives Nationales,
(Min. de la justice) — B.B. 30, No. 360.

Berichte des Generalprokurators an das Justizministerium über die zu Straßburg vor dem Ausbruch der Revolution veranstalteten Umzüge.

1er Rapport, 19 Février 1848.

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur de vous donner avis que le soir vers dix heures environ 200 personnes que l'on dit être de la plus basse classe de la société se sont rendues successivement devant la maison de M. Renouard de Bussières et Humann, députés du Bas-Rhin, et ont vociféré contre eux pendant 4 ou 5 minutes.

A la première invitation du Commissaire de police ils se sont retirés en chantant la Marseillaise et la Parisienne et sont rentrés dans les brasseries; mais sans commettre d'autres désordres. Le tout a duré un quart d'heure environ.

Le procureur du Roi,
signé: *Carl.*

2ème Rapport, 24 Février 1848.

Monsieur le Ministre,

J'ai reçu il y a trois jours un rapport du Procureur du Roi à Strasbourg qui m'informait de quelques manifestations injurieuses faites par un attroupement devant les domiciles de M. Humann et M. Renouard de Bussières, députés du Bas-Rhin. Il me donnait avis en même temps que pareil rapport vous était adressé directement.

Je voulus savoir par suite de quelles excitations ces manifestations avaient eu lieu; ce magistrat m'a répondu que l'affaire n'a aucune gravité que du reste aucun individu n'avait été désigné d'une manière suffisante pour motiver

une poursuite. La police avertie se tenait sur ses gardes et si pareilles scènes se renouvelaient elle aurait soin de mettre la justice en mesure d'en prévenir le retour.

Ce matin je reçois de mon substitut un nouveau rapport dont il vous a également adressé copie, qui m'informe de nouvelles manifestations qui se sont produites dans la soirée. Je viens de leur donner l'ordre de poursuivre sans retard, non seulement toutes les personnes arrêtées ou non qui ont pris une part active à cette dernière scène mais encore celles qui ont pu être désignées depuis son premier rapport comme ayant pris part à celle du samedi précédent.

J'aurai soin de vous tenir au courant des suites de ces incidents qui seront sans importance après l'heureuse conclusion que nous ont fait connaître les dépêches télégraphiques de M. le Min. de l'int. sur les affaires de Paris.

Le Procureur général,
signé : *Carl.*

Lebenslauf.

Geboren am 17. Februar 1886 zu Hagenau i. Els. (katholischer Konfession), besuchte ich zunächst dortselbst die Volksschule bis zu meinem 11. Lebensjahr (1897). Im „Collège libre" der „Frères de Marie" zu Belfort oblag ich den Gymnasialstudien und erwarb (1903) vor der Prüfungskommission der Universität Besançon das „baccalauréat de rhétorique et de philosophie". In den Jahren 1903—1905 besuchte ich die Universität Graz und hörte geschichtliche Vorlesungen bei den Herren Professoren Bauer, Loserth, Uhlirz und Zwiedineck-Südenhorst, geographische Vorlesungen bei Herrn Professor Richter, philosophisch-pädagogische Vorlesungen bei den Herren Professoren Meinong und Martinak. Im Jahre 1906 bestand ich als Externer die Reifeprüfung vor der Prüfungskommission des Gymnasiums zu Hagenau. Im Oktober 1906 bezog ich die Universität Straßburg und hörte bis 1910 geschichtliche Vorlesungen bei den Herren Professoren Breßlau, Neumann und Spahn, französische Vorlesungen bei Herrn Professor Gröber, englische Vorlesungen bei Herrn Professor Köppel und philosophische Vorlesungen bei den Herren Professoren Bäumker und Ziegler. Am 10. Januar 1910 bestand ich an der Universität Straßburg die Staatsprüfung für das höhere Lehrfach und erhielt die Lehrbefähigung für Französisch, Geschichte und philosophische Propädeutik.

Eduard Stadtler.